

Ukraine



kleines Staatswappen



Flagge: blau - gelb



Grunddaten, Geographie, Bevölkerung

Steckbrief

Staatsname: Ukrajina - Ukraine

Quellen: Staatsamt für Statistik (Bevölkerung); IMF, World Econ. Outlook Database, Oct. 2020 (BIP)

Staatsform:	Parlamentarisch-präsidentiale Republik
Staatsgebiet:	603.700 km ² * * einschl. der von Russland annektierten Krim (26.900 km ²), die von den UN nicht als Teil der Russischen Föderation anerkannt wird
Bevölkerung:	Schätzung 1. Juli 2020: 41,762 Mio. Einw. (ohne Krim/Sewastopol) = 72,4 Einw./km ² (Zählung 2001: 48,457 Mio. [mit Krim/Sewastopol])
Hauptstadt:	Kyjiw (Kiew) mit 2,963 Mio. Einw. (Stand: 1. Juli 2020)
Große Städte:	Charkiw (Charkow) 1,443 Mio., Odessa 1,018 Mio., Dnipro 990.724 Mio., Donezk 908.456**, Lwiw (Lemberg) 724.300, Saporischja 731.900, Krywyj Rih 619.300, Mykolajiw 480.100 Einw. (Stand 1. Jan. 2020) ** laut Staatsamt für Statistik, tatsächliche Zahl unbekannt
BIP pro Kopf (PPP):	12.710 Int\$ (2020; IWF)
HDI:	Rang: 88 von 189 Staaten; Wert: 0,750 (2018)
Nationalfeiertag:	24. August (Unabhängigkeitstag [1991])
Internationale Mitgliedschaften (u. a.):	UNO (Gründungsmitgl.) und UN-Sonderorg., OSZE, IAEO, IWF, Weltbank, WHO, WTO, Europarat, GUAM
Botschaften:	Botschaft der Ukraine: Albrechtstr. 26, 10117 Berlin; Tel.: 030/28 887-128, Fax: 28 887-163; E-Mail: emb_de@mfa.gov.ua; Internet: germany.mfa.gov.ua/de Botschaft der BR Deutschland: Wul. Bohdana Chmelnyzkocho 25, 01901 Kyiw (Kiew); Tel.: 00380 44/281 11 00; E-Mail: info@kiew.diplo.de; Internet: https://kiew.diplo.de
Infostellen:	Außenministerium der Ukraine (https://mfa.gov.ua); Staatsamt für Statistik (www.ukrstat.gov.ua)
Zeitzone:	UTC +2 (MEZ +1) Std. (OEZ)

Quellen: Staatsamt für Statistik (Bevölkerung); IMF, World Econ. Outlook Database, Oct. 2020 (BIP)

■ Geographie

Landesnatur Das Gebiet der Ukraine, zweitgrößtes Land in Europa (nach Russland), senkt sich als wellige, fruchtbare Ebene zum Schwarzen Meer, dessen Küste von der Donaumündung bis zum Asowschen Meer verläuft. Wälder, Waldsteppe und Steppe sind typische Landschaften. Die Karpaten im Südwesten (Howerla mit 2.061 m) und das Bergland der Halbinsel Krim (bis 1.500 m) heben sich davon auffällig ab. Der Dnipro (Dnjepr) mit seinen Nebenflüssen Prypjat und Desna sowie der Dnister (Dnjestr) münden ins Schwarze Meer. Weitere wichtige Flüsse sind Siwerskyj Donez, Piwdennyj Bug und die Donau mit einem Teil ihrer Mündung.

Klima Es herrscht gemäßigtes Kontinentalklima; die Krim-Südküste liegt in der feuchtsubtropischen Klimazone. Von NW nach SO werden die Sommer heißer, die Winter kälter und die Niederschlagsmengen geringer. Die mittleren Temperaturen im Jan. liegen zwischen -7 bis -8 °C im NO sowie in Hochlagen in den Karpaten bzw. 2 bis 4 °C im S, im Juli zwischen 17 und 19 °C im NW sowie in Hochlagen in den Karpaten und 23 bis 25 °C im SO und S. Die Steppenzone im S ist heiß und trocken (Staubstürme). Die größten Niederschlagsmengen fallen im Frühjahr und Sommer (von 300 mm in den Ebenen im SO bis 1.600 mm in den Karpaten). Die Klimaerwärmung hat in den letzten Jahren zu neuen Temperaturrekorden insbesondere in der Ost- und der Zentralukraine geführt.

Umwelt Die industrielle Schadstoffemission in der Ukraine betrug 2019 rd. 2,5 Mio. t. Dazu kamen 1,7 Mio. t, die von Verkehrsmitteln ausgestoßen wurden. Der Gesamtausstoß von Kohlendioxid lag 2019 bei 121 Mio. t.*

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quelle: Staatsamt für Statistik

Am 26. April 1986 ereignete sich eine katastrophale Reaktorexpllosion im Kernkraftwerk (KKW) Tschernobyl, Hunderttausende mussten ihre verseuchte Heimat verlassen. Das KKW wurde am 15. Dez. 2000 stillgelegt.

Da die Betonummantelung über dem explodierten Reaktor brüchig geworden war, wurde der Bau einer neuen Schutzhülle beschlossen (Baubeginn durch das Baukonsortium Novarka im Sept. 2010; die neue Schutzhülle – New Safe Confinement/NSC – wurde im Nov. 2016 über den alten Sarkophag geschoben). Wegen Finanzierungsproblemen (Gesamtkosten: 1,5 Mrd. €) und hoher radioaktiver Belastung wurde die geplante Fertigstellung mehrmals verschoben, die komplette Anlage wurde erst im Juli 2019 realisiert.

■ Bevölkerung

Bevölkerungsstatistik Die jährl. Bevölkerungsentwicklung ist seit 1993 rückläufig. Bis Anfang 2014 betrug der absolute Rückgang -0,62 % jährlich (inkl. Krim). Zwischen 2015 und 2020 sank die Bevölkerung (ohne Krim) um 0,5 %. Der Anteil der städtischen Bevölkerung lag 2020 bei 69,5 %.

Vitalstatistik (2019)*: *Geburtenrate*: 8,1; *Sterberate*: 14,7 je 1.000 Einw.; *Fertilitätsrate*: 1,2 Kinder je Frau; durchschn. *Lebenserwartung*: 71,8 (Frauen 76,7, Männer 66,7) Jahre; *Altersstruktur* (2020): 0 bis 14 Jahre: 16,2 %, 15 bis 64 Jahre: 66,8 %, über 65 Jahre: 17,0 %.

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quellen: Staatsamt für Statistik; CIA World Factbook

Ethnien Laut Volkszählung von 2001 waren 77,8 % der ukrainischen Bevölkerung Ukrainer. Daneben lebten 17,3 % Russen, 0,8 % Moldauer/Rumänen, 0,6 % Belarussen und 0,5 % Krimtataren sowie Minderheiten von Bulgaren (0,4 %), Ungarn (0,3 %), Polen (0,3 %), Deutschen (0,1 %; rd. 33.000 Personen) und anderen Nationalitäten im Land.

Russen leben vor allem im stark industrialisierten Osten und im Süden des Landes. Auf der Krim machten lt. Zensus 2001 Russen rund 58 % der etwa zwei Mio. Einwohner aus. Seit 1991 hatten sich bis zu 300.000 der 1944 deportierten Krimtataren in ihren Heimatgebieten wieder angesiedelt. Seit der Annexion der Krim durch Russland 2014 haben schätzungsweise 30.000 Tataren die Halbinsel Richtung Festland verlassen. Rd. 160.000 Ungarn leben in Transkarpatien an der Grenze zu Ungarn, der Großteil von rd. 145.000 Polen lebt in der Region Schitomir.

Sprachen Neben der Amtssprache *Ukrainisch* ist Russisch als Verkehrssprache weit verbreitet; daneben Sprachen der Minderheiten (v. a. Tatarisch auf der Krim).

Religion Die Ukrainer sind überwiegend orthodoxe Christen. Die orthodoxe Kirche in der Ukraine, die bereits 1686 dem Moskauer Patriarchen untergeordnet wurde, war zur Zeit der Sowjetunion ein Exarchat der Russisch-Orthodoxen Kirche – der damals einzigen zugelassenen Kirche. Nach der Unabhängigkeit erhielt sie den Namen *Ukrainische Orthodoxe Kirche* (UOK, inoffiziell mit dem Zusatz MP = Moskauer Patriarchat, rd. 12.400 Gemeinden) und mehr Autonomierechte. Von der UOK spaltete sich in den 1990er Jahren ein Teil ab, der nicht mehr dem Moskauer Patriarchat unterstehen wollte - die *Ukrainische Orthodoxe Kirche Kyiwer Patriarchats* (UOK KP, 5.400 Gemeinden). Aus dem Exil zurückgekehrt ist die 1921 gegründete, 1930 verbotene *Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche* (UAOK, rd. 1.200 Gemeinden, 80 % davon in der Westukraine). Am 15. Dez. 2018 schlossen sich die UOK und die UAOK zur Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) zusammen, die am 6. Jan. 2019 vom Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel offiziell als autokephal anerkannt wurde. Der OKU haben sich bis Mitte 2020 etwa 500 Gemeinden der UOK MP angeschlossen.*

Im früher zu Polen und Österreich gehörenden (Ost-)Galizien (Zentrum Lwiw) dominiert seit 1989 die mit Rom unierte *Ukrainische griechisch-katholische Kirche* (UGKK; Katholiken des byzantinischen Ritus, rd. 3.500 Gemeinden). Sie wurde 1596 durch die Union von Brest gegründet und untersteht dem Papst, hat aber den orthodoxen Ritus weitgehend beibehalten. Der *Römisch-Katholischen Kirche* (RKK) gehören vorwiegend Vertreter der polnischen Minderheit an (rd. 900 Gemeinden). In vielen Städten gibt es evangelische (v. a. im Osten) und jüdische Gemeinden. Die Anzahl der Juden ist zwischen 1989 und 2001 infolge einer starken Wirtschaftsemigration von 500.000 auf rund 100.000 zurückgegangen.

Offizielle Statistiken über die Anzahl der Mitglieder der jeweiligen Kirchen gibt es nicht. Laut einer Meinungsumfrage von Okt. 2019 hielten sich 66,0 % der Ukrainer für gläubig, 9,4 % für ungläubig oder für Atheisten, 12,2 % schwankten zwischen Glauben und Unglauben, für den Rest war es egal oder man konnte die Frage nicht beantworten. 64,9 % der Gläubigen bekannten sich zur Orthodoxie (davon 20,3 % zur OKU, 11,9 % zur offiziell nicht mehr existierenden UOK KP, 16,3 % zur UOK MP, 46,6 % hielten sich einfach für orthodox), 11,1 % zum katholischen (9,5 % zur UGKK, 1,6 % zur RKK) und 1,9 % zum protestantischen Glauben. 8,0 % bezeichneten sich als „einfach christlich“. Zum Judentum bekannten sich 0,1 % der Befragten, zum Islam 0,1 % (v. a. aufs Festland umgezogene Krimtataren). 12,8 % fühlen sich als gläubig, aber an keine Konfession gebunden.** Katholisches Weihnachten (25. Dez.) ist neben dem orthodoxen (6. Jan.) seit 2017 ein Feiertag.

* Angaben zu Gemeindezahlen zum 1.1.2019 lt. Kulturministerium, aktuelle Statistiken nach der Gründung der OKU wurden bis Okt. 2020 nicht offiziell veröffentlicht. Die neue OKU hatte Mitte 2020 etwa 7.000 Gemeinden; ** Quelle: Rasumkow-Zentrum

■ Literatur zur Landeskunde

Dobbert, Steffen	Ukraine verstehen. Stuttgart: 2022
Gerlach, Thomas/	Ukraine. Berlin: 2011 (11. Aufl.)
Schmidt, Gert	
Mühling, Jens	Schwarze Erde. Hamburg: 2018
Schulze, Brigitte	Ukraine. Weilheim: 2019

Bearbeitung: Juri Durkot

Politik

■ Hintergrund

Das Territorium der heutigen Ukraine gehörte im Laufe der Geschichte ganz oder gebietsweise zu zahlreichen verschiedenen Herrschaften und Staaten der Region, darunter die Kiewer Rus (Vereinigung der Ostslawen im 9.-13. Jahrhundert), das Mongolenreich (13. Jh.), das Großfürstentum Litauen (Nordosten und Zentrum; 14.-16. Jh.) und Polen (Südwesten; 14.-16. Jh.) bzw. ab 1569 das polnisch-litauische Königreich, Kosakenherrschaft (17. Jh.), das russische Zarenreich (Osten; 18./19. Jh.) sowie die Habsburger Monarchie (westl. Landesteile; 18./19. Jh.). Zwischen 1917 und 1920 bestand die unabhängige Ukrainische Volksrepublik, bevor die Bolschewiki und die Rote Armee im Zuge des russischen Bürgerkriegs das Land eroberten. 1922 wurde die nunmehrige Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik Teil der neu proklamierten Sowjetunion (UdSSR). Während des Zweiten Weltkriegs wurde sie 1941 bis 1944 von deutschen Truppen besetzt. Mit den verschiedenen Herrschaften einher gingen unterschiedliche Einflüsse, wie eine Polonisierung während der polnischen Herrschaft, europäische Einflüsse während der Habsburger Herrschaft und eine verstärkte Russifizierung im Zarenreich und in der Sowjetunion.

Im Zuge des Zerfalls der UdSSR ab Ende der 1980er Jahre erklärte die Ukraine im Juli 1990 ihre Souveränität und im Aug. 1991 ihre Unabhängigkeit. Nach einer kurzen Periode des labilen Gleichgewichts zwischen Postkommunisten und Nationaldemokraten Anfang der 1990er Jahre setzten sich mit der Wahl von Leonid Kutschma zum Staatspräsidenten 1994 die postkommunistischen Eliten durch. Als Grundprobleme der unabhängigen Ukraine galten für Beobachter seither die enge Verflechtung von Wirtschaft und Politik, der politische Einfluss von Oligarchen, ausbleibende ökonomische Strukturreformen und die allgegenwärtige Korruption.

„Orange Revolution“: Unter Kutschma nahm die politische Führung immer autoritärere Züge an, eine Entwicklung, die erst Ende 2004 mit einem demokratischen Machtwechsel gestoppt wurde. Zuvor war es nach dem Versuch der Wahlfälschung bei der Präsidentenwahl im Nov. 2004 zu friedlichen Massenprotesten (bekannt als „Orange Revolution“) gekommen, die eine Wahlwiederholung erzwangen. Diese führte zum Sieg des für die Opposition angetretenen Wiktor Juschtschenko, dem es in der Folge jedoch nicht gelang, die Macht der Oligarchen zu brechen und die demokratischen Institutionen zu festigen. Eine echte Trennung der Gewalten sowie ökonomische Strukturreformen fanden nicht statt, die Korruption blieb allgegenwärtig. Das annähernde Kräftegleichgewicht zwischen den beiden großen politischen Lagern sorgte jedoch für Pluralismus in Politik und Medien. Das eher prowestlich orientierte „orange“ Lager um den Präsidenten blieb in der Zentral- und in der Westukraine stark, das „blaue“ Lager um Wiktor Janukowytsch, zu dessen Gunsten das Wahlergebnis 2004 gefälscht worden war, stellte in dem von der Großindustrie dominierten Osten mit der *Partei der Regionen (PR)* die stärkste politische Kraft.

„Euromaidan“ - Revolution der Würde: Die Präsidentschaftswahlen 2010 endeten dann mit einem Sieg von Janukowytsch. In dessen Amtszeit wurde eine immer deutlichere Selbstbedienungsmentalität der regierenden Eliten bei zunehmenden wirtschaftlichen Problemen konstatiert. Gleichzeitig forcierte Janukowytsch eine deutlichere Annäherung an Russland. Nach der Entscheidung des Präsidenten, das seit Längerem geplante Assoziierungsabkommen mit der EU auf Eis zu legen, bildete sich im Nov. 2013 eine pro-europäische Protestbewegung. Zum Zentrum der Massenproteste wurde der Unabhängigkeitsplatz in Kiew („Majdan Nesaleschnosti“). Die Regierung wandte zunehmend repressive Methoden gegen die Demonstranten an und in den Folgemonaten wurde der Majdan zum Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Am 18.-20. Febr. 2014 versuchten Spezialkräfte der Regierung, die Protestierenden mit Gewalt auseinanderzutreiben, es wurde scharfe Munition eingesetzt, etwa 100 Menschen starben. Nachdem Janukowytsch in der Nacht zum 22. Febr. 2014 Kiew verlassen hatte, setzte ihn das Parlament ab und etablierte am gleichen Tag den Parlamentspräsidenten Oleksandr Turtschynow als amtierenden Staatspräsidenten.

Russische Annexion der Krim: Nach dem Regierungswechsel in Kiew übernahmen auf der zur Ukraine gehörenden Halbinsel Krim prorussische Milizen und russische Spezialeinheiten das Kommando. In einem von der Ukraine und westlichen Staaten als illegitim und manipuliert kritisierten Referendum am 16. März 2014 votierten nach Angaben des Krimparlaments 96,8 % der Abstimmenden bei einer Beteiligung von 83,1 % für einen Anschluss der Krim an Russland (lt. einem Bericht des Menschenrechtsrats beim russ. Präsidenten betrug die Zustimmung nur 50-60 % bei 30-50 % Beteiligung). Am 21. März ratifizierte das russische Parlament die Gesetze über den Beitritt der Krim und der Stadt Sewastopol zur Russischen Föderation. Kiew bezeichnet die Annexion als völkerrechtswidrig und behandelt die Krim weiterhin als Teil der Ukraine. Auch die UN, die EU und die USA erkannten die Annexion der Krim nicht an. Wegen der Krim-Annexion und seiner Rolle im Donbas-Konflikt (s. u.) führten die westlichen Staaten politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland ein.

Separatismus im Donbas: Im Osten des Landes reagierten große Teile der Bevölkerung mit Verunsicherung und Distanz auf die Majdanproteste. Im Donbas (= die Gebiete Donezk und Luhansk) begannen militante prorussische Aktivisten im April 2014 mit der Besetzung regionaler Behörden, brachten dann - mit Unterstützung aus Russland - mehrere Städte unter ihre Kontrolle

und riefen nach einem umstrittenen, am 11. Mai 2014 durchgeführten, aber international nicht anerkannten „Referendum“ die „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk aus. Die Regierung der Ukraine ordnete daraufhin eine sog. „Anti-Terror-Operation“ mit Einsatz der Streitkräfte an, die sich zu zeitweise massiven Kämpfen entwickelte.

Am 17. Juli 2014 wurde eine Passagiermaschine der Malaysian Airlines (Flug MH 17) durch eine Buk-Rakete (SA-11) über dem von Separatisten kontrollierten Gebiet abgeschossen (298 Todesopfer). Eine von den Niederlanden (192 der Opfer waren niederländische Staatsbürger) geleitete int. Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, dass der Raketenwerfer aus Russland in das von Rebellen kontrollierte Gebiet transportiert und nach Abschuss der Rakete zurück nach Russland gebracht wurde.

Die NATO warf Russland massives militärisches Eingreifen in den Konflikt aufseiten der Separatisten vor, die zunächst von den ukrainischen Streitkräften zurückgedrängt worden waren. Im Sept. 2014 und im Febr. 2015 wurden in Minsk unter OSZE-Vermittlung (mit Beteiligung Russlands) eine Waffenruhe und ein Abkommen zur Deeskalation des Konflikts vereinbart, das jedoch keinen Frieden und keine politische Lösung brachte. Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen blieben zahlreich. Laut Darstellung des UN-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) wurden durch Kämpfe in der Ostukraine zwischen 2014 und 2021 insgesamt rd. 1,45 Mio. Menschen zeitweise zur Flucht innerhalb des Landes gezwungen (IDPs). Hunderttausende verließen ihre Heimat, mehrheitlich nach Russland.

Amtszeit Poroschenko: Vor diesem Hintergrund fanden am 25. Mai 2014 vorgezogene Präsidentenwahlen statt, bei denen sich der Unternehmer und Politiker Petro Poroschenko durchsetzen konnte. In Poroschenkos Amtszeit konnte die Regierung einige politische und wirtschaftliche Reformen durchsetzen. U. a. wurden unabhängige Antikorruptionsbehörden gegründet, der Bankensektor wurde umgebaut. Auch Auflagen der EU für die Abschaffung der Visumpflicht für die Ukrainer (seit Juni 2017 gilt die Visumfreiheit) sorgten für einen Reformschub. 2016 stabilisierte sich auch die wirtschaftliche und finanzielle Lage. Weiterhin blieben aber Korruption und Intransparenz bei starkem Einfluss von Oligarchen auf Politik und Wirtschaft die größten Probleme.

■ Politische Lage

Präsidenten- und Parlamentswahl 2019: Die Präsidentschaftswahl 2019 führte zu einem Wechsel an der Staatsspitze. Bei der Wahl (Stichwahl am 21. April) konnte sich der Schauspieler und Politneuling Wolodymyr Selenskyj, der seit 2015 in einer satirischen Fernsehserie einen unverhofft ins Präsidentenamt aufgestiegenen Lehrer verkörperte, deutlich gegen Amtsinhaber Poroschenko durchsetzen. Unterstützt wurde Selenskyj durch die 2017 gegründete Partei *Sluha Narodu* („Diener des Volkes“; benannt nach der gleichnamigen Fernsehserie), die bis zu den Parlamentswahlen im Juli 2019 eine virtuelle Retortenpartei blieb. Politische Beobachter bemerkten, dass sich Selenskyj im Wahlkampf - abgesehen von der Korruptionsbekämpfung - kaum auf konkrete Aussagen festgelegt habe, und betonten, dass das Ergebnis vor allem den dringenden Wählerwunsch nach politischer Veränderung widerspiegele.

Bald nach seiner Vereidigung löste Selenskyj das Parlament auf und initiierte vorgezogene Neuwahlen. Bei den Wahlen zur Werchowyna Rada im Juli 2019 setzte sich Sluha Narodu als stärkste Partei durch und gewann – zum ersten Mal in der Geschichte des Landes überhaupt – die absolute Mehrheit der zu vergebenen Sitze. Bei seiner konstituierenden Sitzung am 29. Aug. 2019 wählte das Parlament den von Selenskyj vorgeschlagenen Juristen Oleksij Hontscharuk zum neuen Premierminister, der zunächst eine Reformregierung bilden konnte. Im März 2020 trat Hontscharuk, der viele Reformen wegen erbittertem Widerstand nicht umsetzen konnte und dem die schwache Wirtschaftsentwicklung (sinkende Industrieproduktion, defizitärer Staatshaushalt) angelastet wurde, von seinem Amt zurück. Neuer Premierminister wurde der erst im Febr. 2020 zum Vizepremier aufgestiegene Denys Schmyhal.

Coronavirus-Pandemie: Der Ausbruch der Coronavirus-Pandemie im Frühjahr 2020 stellte das schlecht ausgerüstete, unterfinanzierte Gesundheitssystem der Ukraine vor enorme Herausforderungen. Schwerwiegend waren auch die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen des wegen der Pandemie eingeführten Lockdowns, der die Fallzahlen zunächst eindämmte, bevor es später wieder zu einem Anstieg der Erkrankungen kam (Stand 31.1.2023: insgesamt: 5,370 Mio. bestätigte Fälle, 111.020 Tote). Die Quote der vollständig gegen das Virus Geimpften blieb dagegen mit 34,6 % sehr niedrig.

Russischer Angriff auf die Ukraine: Wichtigstes Thema von Selenskyjs Präsidentschaft wurde aber die wachsende Bedrohung durch Russland. Im Juli 2021 stellte der russische Präsident Wladimir Putin in einem Aufsatz „Über die historische Einheit der Russen und Ukrainer“ die Staatlichkeit der Ukraine infrage, verknüpft mit einer historischen Herleitung und Rechtfertigung territorialer Ansprüche auf das Nachbarland. Die Ukraine bemühte sich in der Folge weltweit um militärische Unterstützung sowie um eine Zusage für einen NATO-Beitritt des Landes. Mit der Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk am 21. Febr. 2022 sorgte Putin für eine weitere Eskalation.

Am 24. Febr. 2022 startete Russland dann einen direkten militärischen Angriff auf die Ukraine und attackierte zahlreiche Ziele - darunter auch die Hauptstadt Kiew (Kyjiw) - mit Luftangriffen und Bodentruppen (Schätzungen zufolge rd. 190.000 Personen). Selenskyj rief daraufhin den Kriegszustand im ganzen Land aus. Trotz der russischen Übermacht konnte das ukrainische Militär den Vormarsch der russischen Truppen stoppen sowie eine rasche Eroberung Kiews und eine russische Kontrolle über die gesamte Ukraine verhindern. Im weiteren Kriegsverlauf verursachten russische Luftangriffe und Artilleriebeschuss vorrangig auf zivile Ziele und Infrastruktur (Krankenhäuser, Schulen, Wohngebäude, Energiebetriebe) schwere Zerstörungen, die immer wieder die Energieversorgung des Landes gefährdeten. Der Krieg, der von russischer Seite als „militärische Sonderoperation“ zum Schutz der russischsprachigen Bevölkerung in der Ostukraine verbrämt wurde, löste die größte humanitäre Krise und Fluchtwelle in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg aus. Bis Jan. 2023 wurden in Europa mehr als 7,97 Mio. aus der Ukraine geflohene Menschen registriert; dazu kamen über 5,9 Mio. Binnenflüchtlinge (Stand: Dez. 2022).

Für Entsetzen sorgten im April 2022 Bilder und Berichte über Hunderte getötete unbewaffnete Zivilisten in der nahe Kiew gelegenen Kleinstadt Butscha, wofür russische Soldaten vor ihrem Rückzug verantwortlich gemacht wurden. Während der Kreml die Gräueltaten bestritt und von einer „Inszenierung“ sprach, sah u. a. das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte klare Hinweise auf Kriegsverbrechen in Butscha sowie anderen Orten im Großraum Kiew.

Der Westen (USA, EU und Verbündete) reagierte auf die Ukraine-Invasion umgehend mit Sanktions- und Strafmaßnahmen gegen russische Unternehmen und Staatsbürger, (u. a. Ausschluss russischer Banken aus dem int. Zahlungsnetzwerk SWIFT und andere Wirtschaftssanktionen). Auch die UN-Vollversammlung in New York verurteilte Russland in einer Resolution mehrheitlich (141 zu 5 Stimmen; 35 Enthaltungen) wegen der Aggression gegen die Ukraine und forderte einen sofortigen Rückzug der russischen Truppen.

Neben humanitären Hilfspaketen unterstützte der Westen die Ukraine nach anfänglichem Zögern auch durch Waffenlieferungen, wobei zunächst überwiegend Defensiv-Waffen (Artillerie, Panzerhaubitzen), später aber auch Drohnen, Mehrfachraketenwerfer sowie Schützen- und Kampfpanzer zugesagt wurden. Eine von Präsident Selenskyj immer wieder verlangte NATO-überwachte Flugverbotszone über der Ukraine, die die intensiven Luftangriffe Russlands verhindern könnte, lehnte das Bündnis allerdings in Anbetracht einer dann drohenden direkten militärischen Konfrontation zwischen NATO und Russland ab.

Hoffnungen auf eine Waffenruhe oder gar einen Friedensplan und eine diplomatische Lösung des Konfliktes bestanden trotz verschiedener Vermittlungsmissionen (u. a. im März 2022 in Istanbul) kaum, zumal Russland den Krieg mit großer Brutalität führte und Putin nicht von seinen

Maximalforderungen - Verankerung der Neutralität in der ukrainischen Verfassung mit dem ausdrücklichen Verzicht auf eine NATO-Mitgliedschaft, offizielle Anerkennung der Krim als Teil Russlands und der Unabhängigkeit der beiden „Volksrepubliken“ im Donbas sowie eine „Entnazifizierung“ und „Entmilitarisierung“ der Ukraine - abrückte. Für die Ukraine ging es dagegen um eine vollständige Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität des Landes. Ein Verhandlungserfolg gelang lediglich im Juli 2022 in Bezug auf die Öffnung der durch Russland blockierten ukrainischen Schwarzmeerhäfen für die Verschiffung ukrainischen Getreides. Mit der Ende Sept. 2022 proklamierten russischen Annexion der vier ukrainischen Oblaste Donezk, Luhansk, Saporischschja und Cherson, die sich zuvor in - illegalen und international nicht anerkannten Scheinreferenden - angeblich mehrheitlich für einen Anschluss an Russland ausgesprochen hatten, und dem Gesetz zur Eingliederung dieser Gebiete in die Russische Föderation (4. Okt.) beendete Präsident Putin jedwede diplomatischen Bemühungen um eine Friedensvereinbarung.

Ab Sept. 2022 gelang der Ukraine im Nordosten eine erfolgreiche Gegenoffensive, die zum Rückzug russischer Truppen im Gebiet Charkiw führte. Im Nov. 2022 erfolgte die Befreiung der südukrainischen Stadt Cherson. Anfang 2023 verstärkte Russland dann wieder seine Angriffe im Donbas. Nach Angaben des UN-Hochkommissars für Menschenrechte starben seit Kriegsbeginn in der Ukraine bis Mitte Jan. 2023 7.031 Zivilistinnen und Zivilisten. Die Angaben über militärische Opfer variieren stark; während das ukrainische Präsidialamt im Dez. 2022 von bis zu 13.000 toten ukrainischen Soldaten sprach, verbreiteten Medien im Nov. 2022 auf Schätzungen eines hochrangigen US-Generals basierende Opferzahlen (Tote und Verletzte) von bis zu 100.000 Personen auf ukrainischer und über 100.000 Personen auf russischer Seite.

EU-Beitrittskandidatur: Die Forderung nach einem EU-Beitritt seines Landes wiederholte Präsident Selenskyj seit seinem Amtsantritt immer wieder. Wenige Tage nach Beginn des russischen Angriffs mahnte er ein beschleunigtes Beitrittsverfahren zur EU an und unterzeichnete mitten im Krieg einen Aufnahmeantrag in die EU. Am 23. Juni 2022 verlieh der EU-Rat der Ukraine den Status als Beitrittskandidat. Anfang Febr. 2023 reisten die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und mehrere EU-Kommissare zu Gesprächen nach Kiew.

Das US-Institut Freedom House gab der Ukraine für 2022 bei politischen Rechten (Political Rights) 26 von 40 und bei bürgerlichen Freiheiten (Civil Liberties) 35 von 60 mögl. Punkten Punkte und stufte das Land als „teilweise frei“ ein. Beim Korruptionsindex (Corruption Perception Index) von Transparency International belegte das Land für 2022 Rang 116 von 180 erfassten Staaten (33 von 100 mögl. Punkten).

Quellen u. a.: Ukraine-Analysen, verschiedene Ausgaben 2021 und 2022; Bundeszentrale für politische Bildung: Informationen zur politischen Bildung aktuell Nr. 28/2015; UNHCR, Global Focus: Ukraine 2021; WHO: Ukraine COVID-19-Dashboard; Neue Zürcher Zeitung (16.7.2021); Russland-Analysen 427 (8.12.2022); SWP aktuell Nr. 66 (Okt. 2022) und Nr. 76 (Dez. 2022); BBC (10.11.2022)

Jüngere Ereignisse

Die nachfolgenden Meldungen werden bei der nächsten redaktionellen Bearbeitung in den Text integriert.

5.4.2023: Staatsbesuch des ukrainischen Präsidenten in Polen Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj kommt erstmals seit Kriegsbeginn zu einem Staatsbesuch ins Nachbarland Polen, wo er von seinem Amtskollegen Andrzej Duda empfangen wird. Beide unterstreichen die tiefe Verbundenheit und Schicksalsgemeinschaft ihrer Völker. Duda hebt hervor, dass Polen einer der größten Unterstützer der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland sei und außerdem der größte Wirtschaftspartner, der auch am Wiederaufbau mitwirken wolle. Er verleiht Selenskyj den Orden des Weißen Adlers, die höchste Auszeichnung des Landes. Am selben Tag tritt der polnische Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk im Konflikt mit der EU über die Wiedereinführung von Zöllen auf kriegsbedingt zollfreies ukrainisches Getreide zurück. Polen und vier weitere östliche EU-

Mitgliedstaaten fordern eine Regelung für ihre dadurch unter Druck geratenen Landwirte.

■ Staatsoberhaupt

Staatspräsident ist Wolodymyr Selenskyj, für fünf Jahre gewählt am 21. April 2019 (Stichwahl) mit 73,22 % der Stimmen gegen Amtsinhaber Poroschenko mit 24,45 % (Wahlbet. 61,37 %); vereidigt am 20. Mai 2019

In der ersten Wahlrunde am 31. März 2019 hatte Selenskyj mit 30,24 % der Stimmen vor Poroschenko mit 15,95 %, der früheren Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko (13,40 %) und 36 weiteren Kandidaten gelegen (Wahlbet.: 62,8 %).

Selenskyj folgte auf Petro Poroschenko, der am 25. Mai 2014 mit 54,70 % der Stimmen vor Julija Tymoschenko (12,82 %) und 19 weiteren Bewerbern zum Staatspräsidenten gewählt und am 7. Juni 2014 vereidigt worden war.

Wahlbeobachter der OSZE bewerteten die Wahl als insgesamt weitgehend demokratisch, kritisierten aber Gesetzesverstöße bzw. die manipulative Ausnutzung von Gesetzeslücken im Wahlkampf. Insbesondere wurde der ungleiche Zugang zu den Medien beanstandet.

Quellen: Zentrale Wahlkommission (www.cvk.gov.ua); Ukraine-Analysen Nr. 216-218

Biographische Notiz

Wolodymyr Oleksandrowytsch Selenskyj (auch: Selenski, Selensky, Zelensky),

geb. am 25. Jan. 1978 in Krywyj Rih (Region Dnipropetrowsk); 1995-2000 Jurastudium am Wirtschaftsinstitut von Krywyj Rih; Karriere als Schauspieler, Drehbuchautor und Comedian, u. a. in der Kabarettgruppe Kwartal 95; 2003 Mitgründer und bis 2019 künstlerischer Direktor der Fernsehproduktionsfirma Studio Kwartal 95 (u. a. Sendung „Wetschirnij Kwartal“); ab 2015 Hauptrolle als ukrainischer Staatspräsident in der Polit-Comedyserie „Sluha narodu“ (dt. Diener des Volkes); am 21. April 2019 mit 73,2 % der Stimmen zum Staatspräsidenten gewählt; am 20. Mai 2019 vereidigt.

Quellen u. a.: www.president.gov.ua Ośrodek Studiów Wschodnich (Zentrum für Oststudien)

■ Parlament

Nationales Einkammerparlament ist der *Oberste Rat (Werchowna Rada)* mit 450 Abgeordneten, nach gemischtem Wahlrecht gewählt: 225 Sitze nach Parteilisten (Verhältnisswahl, 5%-Klausel), 225 als Direktmandate (Mehrheitswahl in Einzelwahlkreisen); Legislaturperiode: fünf Jahre; zul. gewählt am 21. Juli 2019 (26. Okt. 2014)

Parlamentspräsident: Dmytro Rasumkow (Sluha Narodu), seit 29. Aug. 2019

Wahlen zur Werchowna Rada 2019 und 2014

	21. Juli 2019 ¹		26. Okt. 2014 ¹	
	Prozent ²	Sitze ³	Prozent ²	Sitze ³

	21. Juli 2019 ¹		26. Okt. 2014 ¹	
	Prozent ²	Sitze ³	Prozent ²	Sitze ³
Diener des Volkes (Sluha Narodu) *	43,16	254	-	-
Oppositionsplattform - Für das Leben (Oposyzina Platforma - Za Zhittja) **	13,05	43	-	-
Vaterland (Batkiwschtschyna)	8,18	26	5,68	19
Europäische Solidarität ***	8,10	25	21,82	132
Stimme (Holos) ****	5,82	20	-	-
Oppositionsblock (Oposyzynyj Blok)	3,03	6	9,43	29
Selbsthilfe (Samopomitsch)	0,62	1	10,97	33
Freiheit (Swoboda)	2,15	1	4,71	6
Radikale Partei Oleh Ljaschko (Radikalna Partija Oleha Ljaschka)	4,01	0	7,44	22
Volksfront (Narodnyj Front)	-	-	22,14	82
Unabhängige und kl. Parteien	-	48	-	100
Sonstige	11,76	-	17,81	-
Gesamt		424		423

Wahlbeteiligung 2019 (2014): 49,84 (52,42) %; es zogen insg. 87 (49) Frauen ins Parlament ein.

¹ Vorgezogene Wahlen. In 14 (2014: 15) von 32 Wahlkreisen in den Regionen Donezk und Luhansk sowie auf der Krim (10 Wahlkreise) und in Sewastopol (2) fanden keine Wahlen statt, so dass nur 199 (198) Direktmandate zu vergeben waren. ² Prozentergebnis der Verhältniswahl. ³ Gesamtzahl der Sitze, davon Direktmandate 2019 (2014): Diener des Volkes 130 (-), Oppositionsblock 6 (2), Oppositionsplattform 6 (-), Holos 3 (-), Vaterland 2 (2), Europäische Solidarität (2014: Block Petro Poroschenko) 2 (69), Selbsthilfe 1 (1), Freiheit 1 (6), Kleinparteien 2 (4), Volksfront - (18), Unabhängige 46 (96).

* gegr. im Dez. 2017, Namensgebung nach einer populären satirischen Fernsehserie über einen redlichen Lehrer, der überraschend Präsident der Ukraine wird; ** als Plattform gegr. im Dez. 2018, Vorgängerorganisation war 2014 Mitglied des Oppositionsblocks; *** 2014 unter dem Namen Block Petro Poroschenko (Blok Petra Poroschenka) angetreten; **** gegr. im Mai 2019 vom ukrainischen Sänger Swjatoslaw Wakartschuk.

Fraktionen und Gruppen in der Werchowna Rada (Stand 18.10.2020): Sluha Narodu 246, Oppositionsplattform - Für das Leben 44, Europäische Solidarität 27, Vaterland 24, Stimme 19; Gruppen: Für die Zukunft (Za majbutnje) 24, Vertrauen (Dovira) 20, Fraktionslose 19.

Bei der Wahl 2019 zogen etwa drei Viertel der Abgeordneten erstmals in das Parlament ein. Internationale Wahlbeobachter (u. a. OSZE, Europaparlament) bewerteten die Wahlen 2019 als kompetitiv, gut organisiert und friedlich, wobei jedoch Versuche von Wahlmanipulationen (u. a. Stimmenkauf) und fragwürdige Wahlkampfpraktiken beobachtet wurden.

Quellen (u. a.): Zentrale Wahlkommission der Ukraine; Werchowna Rada; OSZE; Ukraine-Analysen 220-221 (12.07.2019 und 12.09.2019)

■ Regierung

1. (Übergangsregierung) und 2. Kabinett Jazenjuk (27.2.2014 - 14.4.2016)

Kabinett Hrojsman (14.4.2016 - 29.8.2019)

Kabinett Hontscharuk (29.8.2019 - 4.3.2020)

Kabinett Schmyhal vom 4. März 2020 (zul. verändert am 7. Febr. 2023)	
Premierminister:	Denys Schmyhal
Erster Vizepremierministerin; Wirtschaft + (7):	Frau Julija Swyrydenko * (7)
Vizepremierminister (zust. für europäische und euro-atlantische Integration):	Frau Olha Stefanischyna * (2)
Vizepremierminister (zust. für Wiederaufbau); Gemeinden, Regionen und Infrastrukturentwicklung:+ (11)	Oleksandr Kubrakow ** (11)
Vizepremierminister; digitale Transformation:	Mychajlo Fedorow
Vizepremierminister; Wiedereingliederung vorübergehend besetzter Gebiete:	Frau Iryna Wereschtschuk * (7)
Äußeres:	Dmytro Kuleba
Inneres:	Ihor Klymenko * (12)
Verteidigung:	Oleksij Resnikow ** (7)
Strategische Industrien:	Pawlo Rjabikin * (7)
Finanzen:	Serhij Martschenko * (1)
Justiz:	Denys Maljuska
Bildung, Wissenschaft:	Serhij Schkarlet
Energie:	Herman Haluschtschenko * (4)
Umweltschutz, Naturressourcen:	Ruslan Strilez * (9)
Agrarpolitik und Ernährung:	Mykola Solskyj * (8)
Gesundheit:	Wiktor Ljaschko * (5)
Kultur und Informationspolitik:	Oleksandr Tkatschenko * (2)
Jugend und Sport:	Wadym Hutzajt
Soziales:	Frau Oksana Scholnowytsch * (10)
Veteranen:	Frau Julija Laputina * (3)
Minister des Ministerkabinetts:	Oleh Nemtschinow

* neu im Amt; ** Ressortwechsel; + neues/umstrukturiertes Ressort, erweiterte Zuständigkeit; Datum der Kabinettsveränderung: (1) 30.3.2020; (2) 4.6.2020; (3) 18.12.2020; (4) 29.4.2021; (5) 20.5.2021; (6) 16.7.2021; (7) 4.11.2021; (8) 24.3.2022; (9) 14.4.2022; (10) 19.7.2022; (11) 1.12.2022; (12) 7.2.2023

Am 4. März 2020 bestätigte die Mehrheit der Abgeordneten der Werchowna Rada ein neues Kabinett unter Leitung von Ministerpräsident Denys Schmyhal. Von 17 Mitgliedern der Regierung Hontscharuk behielten nur sechs ein Regierungsamt (neben Schmyhal auch Kuleba, Fedorow, Awakow, Maljuska, Kryklij).

Schon wenige Wochen nach der Ernennung der neuen Regierung und mitten in der von der Coronavirus-Pandemie ausgelösten Krise wurden Gesundheitsminister Ilija Jemez und der neue Finanzminister Ihor Umanskyj

am 30. März wieder entlassen. Hintergrund waren lt. Medienberichten Konflikte innerhalb der Regierung. Beide Posten wurden am gleichen Tag neu besetzt. Immer wieder kam es in der Folge zu kleineren Umbildungen und Umbesetzungen, bevor es am 4. Nov. 2021 zu einer umfangreicheren Kabinettsumbildung kam, bei der u. a. der erst im Mai ernannte Erste Vizepremier und Wirtschaftsminister Oleksej Ljubschenko durch Julija Swyrydenko ersetzt wurde. Auch im Verteidigungsressort und bei der Verantwortung für die Wiedereingliederung der besetzten Gebiete kam es zu Wechseln.

Auch nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine erfolgten weitere Kabinettsumbildungen. U. a. trat am 2. Nov. 2022 Oleksij Tschernyschow von seinem Amt als Minister für Regionale Entwicklung zurück. Sein Ressort wurde integriert in ein neu strukturiertes Ministerium für Gemeinden, Regionen und Infrastrukturentwicklung, das dem bisherigen Infrastrukturminister Oleksandr Kubrakow übertragen wurde (am 1. Dez. 2022). Gleichzeitig wurde Kubrakow auch zum Vizepremierminister ernannt. Am 18. Jan. 2023 kam Innenminister Denys Monastyrskij bei einem Hubschrauberabsturz ums Leben. Zunächst kommissarisch eingesetzt, wurde der bisherige nationale Polizeichef Ihor Klymenko am 7. Febr. 2023 zum neuen Innenminister ernannt.

Quellen: u. a. Ministerkabinettt; Ukrainska Pravda; Unian

Biographische Notiz

Denys Schmyhal (auch: Denis Schmygal),

geb. am 15. Okt. 1975 in Lwiw; Studium Maschinenbau und Wirtschaftswissenschaften an der Polytechnischen Universität Lwiw; Promotion in Ökonomie (2003); Tätigkeit in der Privatwirtschaft 1995-2009; Wechsel in den öffentlichen Dienst, Arbeit in der Regionalverwaltung Lwiw 2009-2013; stellv. Leiter der regionalen Niederlassung des Ministeriums für Steuern und Abgaben im Oblast Lwiw 2014; Berater, Vizepräsident, Generaldirektor und Mitglied im Aufsichtsrat des Lebensmitteleinzelhandelsunternehmens Lwiwchokol 2015-2017; Manager beim Energiekonzern DTEK 2017-2019; Verwaltungschef der Region Iwano-Frankiwsk 2019-2020; Vizepremier und Minister für kommunale und territoriale Entwicklung Febr. 2020 bis März 2020; ab 4. März 2020 Premierminister der Ukraine.

■ Verfassung

Nach der Erklärung der Unabhängigkeit galten in der Ukraine zunächst die mehrfach geänderte Verfassung aus dem Jahre 1978 und ein am 8. Juni 1995 verabschiedeter Verfassungsvertrag. Die am 28. Juni 1996 durch das Parlament verabschiedete Verfassung orientierte sich am französischen Modell und verankerte eine präsidential-parlamentarische Regierungsform als Mischsystem, allerdings mit breiten präsidentialen Befugnissen. Am 1. Jan. 2006 trat eine im Dez. 2004 beschlossene Verfassungsreform in Kraft. Die Veränderungen betrafen in erster Linie die Machtverteilung zwischen Präsident, Regierung und Parlament. Am 30. Sept. 2010 erklärte das Verfassungsgericht in einem umstrittenen Urteil die Verfassungsreform für nichtig, das Land kehrte zur Verfassung von 1996 zurück, bis das Parlament im Febr. 2014 die Rückkehr zur reformierten Verfassung von 2004 beschloss (seit 2. März 2014 wieder in Kraft). 2016 traten Verfassungsänderungen im Bereich der Justiz in Kraft (u. a. über fristlose Ernennung von Richtern). Eine Verfassungsänderung zur Dezentralisierung wurde bisher nicht verabschiedet.

Ziel der Dezentralisierung sollte die Erweiterung der Kompetenzen für die kommunale Selbstverwaltung, verbunden mit einer Neugliederung auf Gemeinde- und Bezirksebene sein. Der Versuch, vorübergehend einen Sonderstatus von Donbas in der Verfassung festzuschreiben, stieß auf starken Widerstand. Teile der Reform wurden durch Gesetzesänderungen umgesetzt. Kritiker wiesen darauf hin, dass einige im Konzept der Dezentralisierung vorhandene Ideen wie die Einführung des Amtes eines - vom Präsidenten ernannten - Präfekten in den Regionen die Kompetenzen des Präsidenten erweitern würden.

Der *Staatspräsident* wird in direkter Wahl für eine fünfjährige Amtszeit vom Volk gewählt (max. zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten). Er bestimmt über die Verteidigungs-, Sicherheits- und

Außenpolitik des Landes. Die Mehrheit (meist eine Koalition) im Parlament, der *Werchowna Rada* (Oberster Rat), unterbreitet dem Präsidenten einen Vorschlag für den Premierminister. Auf Antrag des Präsidenten ernennt das Parlament den Premierminister und die Minister für Verteidigung und Äußeres und auf Vorschlag des Premierministers die übrigen Kabinettsmitglieder. Das aus 450 Abgeordneten bestehende Einkammerparlament wurde bisher nach einem Mischsystem aus Verhältniswahlrecht (225 Sitze über Parteilisten) und Mehrheitswahl (225 Direktmandate in Einzelwahlkreisen) gewählt. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre. Im Dez. 2019 wurde ein neuer Wahlkodex verabschiedet, der bei den Parlamentswahlen eine Verhältniswahl mit offenen regionalen Wahllisten einführt. Er soll am 1. Jan. 2023 in Kraft treten.

In der Verfassung verankert ist das Recht auf Privateigentum, auch an Grund und Boden.* Ein ukrainisches Spezifikum ist ein *Parlamentarischer Schiedsmann für Menschenrechte*. Staatssprache ist Ukrainisch; die Verfassung garantiert die „freie Entwicklung“ des Russischen und anderer Minderheiten-Sprachen.** Die Halbinsel Krim hat laut Verfassung den Sonderstatus einer „Autonomen Republik“.

Seit 1996 gibt es einen *Nationalen Sicherheitsrat*, der die sicherheits- und verteidigungspolitische Tätigkeit der Exekutive kontrollieren soll. Die Präsenz ausländischer Militärverbände wurde zeitlich begrenzt gestattet. Diese galten für die russische Schwarzmeerflotte, die einen Pachtvertrag für ihren Stützpunkt in Sewastopol bis 2017 hatte (im April 2010 bis 2042 verlängert). Nach der Annexion der Krim hat Russland den Pachtvertrag für gegenstandslos erklärt.

* Der Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen wurde bisher durch ein Moratorium verhindert. Erst im März 2020 wurde in einem Bodenmarktgesetz der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen ab 1. Juli 2021 für natürliche Personen und ab 1. Jan. 2024 für juristische Personen gestattet.

** Durch ein im Aug. 2012 in Kraft getretenes äußerst umstrittenes Sprachgesetz wurde Russisch als „Regionalsprache“ in mehreren Regionen etabliert. Die versuchte Rücknahme dieses Gesetzes wurde im Febr. 2014 von Russland und den von ihm unterstützten Separatisten als Vorlage genutzt, um Proteste in der Süd- und Ostukraine zu schüren. Im Febr. 2018 hat das Verfassungsgericht das Gesetz von 2012 wegen zahlreichen Verstößen bei der Verabschiedung für verfassungswidrig erklärt.

■ Verwaltung

Das Land ist in die Autonome Republik Krim* und in 24 Regionen** (Gebiete, *Oblasti*), ferner in Distrikte (Landkreise), Städte und Dorfeinheiten (Siedlungen, Dörfer) aufgeteilt. Die Städte Kiew und Sewastopol* genießen einen Sonderstatus.

* Das am 16.3.2014 abgehaltene, umstrittene Unabhängigkeitsreferendum in der Autonomen Republik Krim (nach Angaben des Krimparlaments 96,8 % Zustimmung) und der Stadt Sewastopol (95,6 %; nach Angaben des Menschenrechtsrates beim russischen Präsidenten gab es dafür sowohl auf der Krim als auch in Sewastopol kaum eine Mehrheit) und die am 18. März 2014 erfolgte Eingliederung von Krim und Sewastopol in die Russische Föderation (Föderationssubjekte Nr. 84 und 85) werden international nicht anerkannt. Die Zentralregierung hat aber die Kontrolle über die Krim und Sewastopol verloren. Ferner kontrolliert Kiew derzeit nur rd. 62 % der Gebiete in den Regionen Donezk und Luhansk.

** Charkiw, Cherson, Chmelnyzkyj, Dnipropetrowsk, Donezk, Iwano-Frankiwsk, Kirowohrad, Kyjiw, Luhansk, Lwiw, Mykolajiw, Odesa, Poltawa, Riwne, Sakarpartska (Transkarpatien), Saporischja, Schytomyr, Sumy, Ternopil, Tscherkasy, Tschernihiw, Tscherniwzi, Winnyzja, Wolyn.

Die vertikale Verwaltungshierarchie wurde dezentralisiert, eingeführt wurden auch Elemente der Selbstverwaltung, die Steuererhebung blieb aber zentralisiert, ein Teil der Steuern bleibt in den Regionen. Die Leiter der Regionalregierungen (Gouverneure) werden vom Präsidenten eingesetzt, dürfen aber nicht gleichzeitig den Gebietsparlamenten vorstehen. Die Gebiets- und Stadtparlamente sowie die hauptamtlichen Oberbürgermeister werden direkt gewählt. Die

Gemeinden genießen nach einigen Gesetzesänderungen über Dezentralisierung mehr finanzielle und administrative Kompetenzen. Die damit verbundene und geplante Verfassungsreform ist aber bisher nicht realisiert worden.

In einigen frontnahen Landkreisen und Gemeinden (Okt. 2020: 18) der Gebiete Donezk und Luhansk funktionieren seit 2015 militärisch-zivile Verwaltungen. Dort haben keine kommunalen Wahlen stattgefunden. In Donezk und Luhansk wurden auch keine Regionalparlamente gewählt.

■ Parteien

Die Trennlinien zwischen den Parteien verlaufen eher auf der Linie proeuropäisch vs. prorussisch und nicht nach dem klassischen Rechts-links-Schema. Die Parteienlandschaft hat sich nach dem Sturz von Präsident Janukowytch neu formiert. So löste sich die *Partei der Regionen*, die Stütze von Janukowytch, 2014 de facto auf. Die prorussisch orientierte *Kommunistische Partei* geriet durch die Unterstützung des Separatismus im Donbas in die Kritik und wurde 2016 nach Inkrafttreten des Gesetzes „Über die Verurteilung der kommunistischen und national-sozialistischen totalitären Regime“ verboten. Mit der Annexion der Krim und dem Krieg im Donbas sind wichtige Hochburgen für prorussische Kräfte weggefallen, so dass es eine deutliche Kräfteverschiebung zugunsten der proeuropäischen Parteien gibt.

2019 kam es erneut zu gravierenden Veränderungen in der ukrainischen politischen Landschaft, als die Partei *Diener des Volkes*, die bis zu den Parlamentswahlen nur auf dem Papier existiert hatte, auf Anhieb die absolute Mehrheit in der Werchowna Rada gewann. Die Programme aller Parteien sind relativ verschwommen und schwach ausgearbeitet. Kritisch kommentiert wird die Abhängigkeit von Sponsoren, reiche Geldgeber können sich Listenplätze „kaufen“. Immer wieder kommt es zum Aufstieg und Fall von neuen Parteien. So war die 2014 gegründete *Volksfront*, die bei den Parlamentswahlen im Okt. 2014 Siegerin nach Parteilisten wurde, 2020 völlig bedeutungslos. Ein ähnliches Schicksal ereilte auf der nationalen Ebene auch die Partei *Selbsthilfe* des Oberbürgermeisters von Lwiw. Viele Beobachter sagen Diener des Volkes eine ähnliche Zukunft voraus. Zum 1. Sept. 2020 waren offiziell 359 Parteien registriert. Die meisten Parteien haben jedoch politisch keinen Einfluss und nur wenige Hundert Mitglieder, es gibt viele Phantomparteien.

Das Justizministerium veröffentlicht keine offiziellen Angaben zu den Mitgliederzahlen der einzelnen Parteien, die eigenen Angaben sind sehr unzuverlässig. Die Finanzierung von politischen Parteien aus dem Staatshaushalt wurde ab Okt. 2019 auf die im Parlament vertretenen Parteien begrenzt. 2020 haben fünf Parteien 283,5 Mio. UAH aus den Staatskassen bekommen.

Diener des Volkes (Sluha Narodu): gegr. 2017 durch Umbenennung einer kleinen Partei; bis zur Wahl 2019 eine Phantompartei ohne Aktivitäten; gewann auf Anhieb absolute Mehrheit in der Werchowna Rada bei vorgezogenen Wahlen 2019; bezeichnete sich selbst ursprünglich als liberal, mittlerweile als zentristisch; kaum ausgeprägte programmatische Vorstellungen; mehrere Interessengruppen, der liberale Reformflügel hat zunehmend am Einfluss verloren; mehrheitlich proeuropäisch, es gibt aber auch eher an Russland orientierte Gruppen; populistisch;

<https://sluga-narodu.com>

„Europäische Solidarität“ (Jewropejska Solidarnist“): gegr. 2001 als „Solidarität“, 2002 Bündnis mit *Nascha Ukraina* von W. Juschtschenko; danach bis 2014 keine Aktivitäten, aus dem Register gestrichen; Wiedergründung auf Basis einer anderen kleinen Partei im Aug. 2014 als *Block Petro Poroschenko „Solidarität“*; 2014 Wahlbündnis mit *UDAR**; im Aug. 2015 verkündete Fusion mit *UDAR* nicht umgesetzt; im Mail 2019 Umbenennung in „Europäische Solidarität“ (das ukrainische Kürzel dafür ist identisch mit dem Kürzel für die EU); für EU-Beitritt; christlich-liberal, aber mit sozialdemokratischen Ideen;

* Ukrainskyj Demokratytschnyj Aljans za Reformy (Ukrainische Demokratische Allianz für Reformen); gegr. 2005 als Jewropejska Stolyzia (Europäische Hauptstadt), 2009 umbenannt in Nowa Krajina (Neues Land), im April 2010 Umbenennung in UDAR unter Vorsitz des Boxweltmeisters Vitali Klitschko; proeuropäisch mit starker Antikorruptionsrhetorik

<https://eurosolidarity.org>

Vaterland (Batkivschtschyna): gegr. Sept. 1999; entstanden nach der Krise der *Hromada*-Partei des fr. Premierministers Pawlo Lasarenko; Mitbegründerin und langjährige Vorsitzende ist Julija Tymoschenko; proeuropäisch, für EU- und Nato-Beitritt; schwankt zwischen Mitte-rechts und Mittele-links, zuletzt mit immer stärkeren linkspopulistischen Tönen; Mitgliedschaft in der EVP;

<http://ba.org.ua>

Stimme (Holos): gegr. Mai 2019 nach Umbenennung einer kleinen Partei durch den bekannten Softrockler Swjatoslaw Wakartschuk; galt bei Parlamentswahlen als Konkurrent sowohl von „Diener des Volkes“ als auch von der „Europäischen Solidarität“; für EU- und Nato-Beitritt; Mitte-rechts und wirtschaftsliberal, aber mit starkem Akzent auf Menschenrechte; konnte sich nach dem überraschenden Einzug ins Parlament nicht weiter profilieren; Wakartschuk legte im Juni 2020 sein Abgeordnetenmandat nieder und trat als Parteivorsitzender zurück;

<https://goloszmin.org>

Oppositionsplattform – Für das Leben; gegr. Juli 2018 durch Zusammenschluss der Parteien „Für das Leben“ (Za Zhyttja) und der stark prorussisch orientierten politischen Bewegung „Ukrainische Wahl“ (Ukrainskyj Wybir), deren Vorsitzender Wiktor Medwedtschuk als persönlicher Freund von Wladimir Putin gilt (Putin ist Pate seiner Tochter); mehrere ehemalige Mitglieder aus der Führungsspitze der *Partei der Regionen*; vertritt die Interessen von einem an Russland orientierten Teil des ostukrainischen Industriekapitals und der russisch- und sowjetisch-nostalgischen Wähler; prorussisch und euroskeptisch;

<https://zagittya.com.ua>

Oppositionsblock (Oposyzynij Blok): gegr. im Sept. 2014 durch Zusammenschluss von sechs kleinen Parteien, mehrere ehemalige Mitglieder aus der Führungsspitze der *Partei der Regionen*; euroskeptisch und prorussisch; vertritt zum Teil Interessen des ostukrainischen Industriekapitals; direkte Konkurrenz zu Oppositionsplattform; 2019 an der 5%-Hürde gescheitert, aber 6 Direktmandate;

<http://opposition.com.ua/en>

Wseukrainske Objednannja „Swoboda“ (WO Swoboda; „Freiheit“): gegr. Okt. 1991 als *Sozial-nationale Partei der Ukraine*, Umbenennung 2004; nationalistisch, rechtspopulistisch und fremdenfeindlich; bis 2009 marginal, danach steigende Unterstützung, vor allem durch Protestwähler; 2010 Sieg bei Kommunalwahlen in der Westukraine; 2012 Einzug in die Werchowyna Rada; nach Sturz von Janukowytsch an der Regierungskoalition beteiligt, bei Wahlen 2014 große Verluste (4,71 %), scheiterte 2019 mit 2,15 % deutlich an der 5%-Hürde, 1 Direktmandat;

<http://svoboda.org.ua>

Radikale Partei Oleh Ljaschko (Radikalna Partija Oleha Ljaschka): gegr. 2010 als *Ukrainische radikal-demokratische Partei*; Umbenennung und Führungswechsel im Aug. 2011; fokussiert auf den für seine provokanten Auftritte bekannten Parteiführer Oleh Ljaschko; radikal, linkspopulistisch, nationalistisch; bis Sept. 2015 Teil der Regierungskoalition; 2019 an der 5%-Hürde gescheitert;

<http://liashko.ua>

■ Verbände

Die *Ukrainische Gewerkschaftsföderation* (FPU) ist Nachfolgerin des früheren staatlichen Rates der Gewerkschaften. Ihre Mitgliederzahl ist von 22,5 Mio. (1992) auf knapp über 4,8 Mio. (2019; in 42 Branchengewerkschaften) zurückgegangen. Daneben gibt es die 1998 gegründete *Konföderation der freien Gewerkschaften der Ukraine* (KVPU), organisiert in zehn Branchengewerkschaften (die wichtigste ist die *Unabhängige Gewerkschaft der Bergarbeiter*). FPU und KVPU sind Mitglieder im Int. Gewerkschaftsbund IGB. Insgesamt sind die ukrainischen Gewerkschaften schwach und können die Interessen ihrer Mitglieder kaum vertreten.

Neben der *Ukrainischen Handels- und Industriekammer* gibt es regionale *Handelskammern*. 1992 wurde der *Ukrainische Verband der Industriellen und Unternehmer* gegründet.

■ Justiz und Sicherheit

In das Rechtssystem wurden zunächst Teile des sowjetischen Rechts übernommen. Höchste juristische Instanz ist der Oberste Gerichtshof. 2016 wurde ein neues Gesetz über Gerichtswesen verabschiedet, das ein dreistufiges System eingeführt hat (Amtsgerichte/Berufungsgerichte/Oberstes Gericht mit Spezialkammern). Das Verfassungsgericht setzt sich mit verfassungsrechtlichen Fragen auseinander. Die Todesstrafe wurde seit März 1997 ausgesetzt, im Februar 2000 durch das Parlament abgeschafft und im neuen Strafgesetzbuch (in Kraft seit September 2001) durch lebenslange Haft ersetzt. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch gilt seit 2004, eine neue Zivilprozessordnung seit 2005. Eine neue Strafprozessordnung ist seit Nov. 2012 in Kraft. Sämtliche Gesetzbücher wurden 2017 novelliert.

Nach einem starken Anstieg in der ersten Hälfte der 1990er Jahre hat sich die Kriminalitätsrate bis 2009 kontinuierlich verringert (2008 wurden 390.000 Delikte registriert). Danach ist sie wieder deutlich gestiegen und lag 2016 bei 592.600* Delikten, bevor sie ab 2017 wieder zu sinken begann und 2019 bei 444.100* Delikten lag. Besonders hoch ist die Kriminalität im Osten des Landes.

* inkl. gemeldete Delikte in den besetzten Gebieten.

Quellen: Justizministerium; Innenministerium; Generalstaatsanwaltschaft

■ Militär

Anfang 1992 begann man mit dem Aufbau unabhängiger ukrainischer Streitkräfte. Nach der Ratifizierung des START-I-Vertrages und dem Abschluss eines trilateralen Vertrages mit den USA und Russland Anfang 1994 sowie der Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen im Dez. 1994 wurden am 1. Juni 1996 termingerecht die letzten der einst mehr als 4.000 Atomsprengköpfe nach Russland transportiert. Damit ist die Ukraine frei von taktischen und strategischen Atomwaffen. 2001 wurden die letzten der 38 strategischen Bomber (Tu-160, Tu-95H16) und die letzten Startsilos für Interkontinentalraketen vernichtet. Das Land nimmt am NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ teil und hat seit März 2018 den Status „Anwärter“.

Der desolate Zustand des veralteten Kriegsgeräts führte nach 2000 zu einer Reihe schwerer Unfälle. So kam es 2003-2008 sowie 2015 und 2017 zu schweren Explosionen in ukrainischen Waffendepots. Im Sept. 2020 stürzte eine An-26 bei einem Ausbildungsflug in der Nähe von Charkiw ab (26 Todesopfer).

Bei der Abspaltung der Krim 2014 blieb eine militärische Auseinandersetzung aus, Teile der auf der Krim stationierten ukrainischen Truppen liefen zur russischen Armee über. Auf die Aktionen der Separatisten im Donbas reagierte die Übergangsregierung dagegen mit militärischer Gewalt und ordnete eine „Anti-Terror-Operation“ an mit dem Ziel der Wiederherstellung der Souveränität auf dem gesamten Staatsgebiet. Nach ersten militärischen Erfolgen der Armee wurden die Truppen im

Aug. 2014 durch die von Russland unterstützten Separatisten zurückgedrängt, bis es im Sept. 2014 unter Vermittlung der OSZE zur Vereinbarung einer Waffenruhe kam (Minsk I), die jedoch nicht eingehalten wurde. Auch ein weiteres Memorandum vom Febr. 2015 (Minsk II) sorgte nicht für Frieden. Der vereinbarte Rückzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie kam zwar in Gang, wurde jedoch nach OSZE-Beobachtung bisher nicht vollständig umgesetzt. Die OSZE-Beobachter registrierten auch zahlreiche Verletzungen des Waffenstillstands. Bis heute kommt es immer wieder zu Scharmützeln, insgesamt hat die Intensität der Kämpfe jedoch nachgelassen. Ukrainische Stellen schätzten die Stärke der separatistischen Kräfte im Donbas für Mitte 2019 auf etwa 35.000 Kämpfer, davon bis zu 2.300 russische Soldaten und etwa 11.000 russische Staatsbürger. Die Military Balance 2020 schätzt die Truppenstärke der Separatisten auf 34.000 (20.000 Donezk, 14.000 Luhansk), die Zahl der russischen Soldaten im Donbas auf 3.000. Die Stärke der russischen Truppen auf der Krim gibt Military Balance mit 28.000 an, die ukrainischen Stellen mit bis zu 40.000.

Der Konflikt hatte die tiefe Krise der ukrainischen Streitkräfte offenbart. So gab es Anfang 2014 nur wenige Tausend kampfbereite Soldaten, davon ein einziges Regiment der Luftlandtruppen. Zudem war ein Großteil der militärischen Ausrüstung kaum brauchbar. Bei Kämpfen war die Armee anfangs stark auf Einsatz von Freiwilligenverbänden, bei Versorgung und Verpflegung fast ausschließlich auf Hilfe von Freiwilligen angewiesen. Nach und nach konnte das Gefechtsvermögen der Truppen deutlich gestärkt werden. Bis 2018 gab es sieben Mobilisierungswellen, es wurde eine dem Innenministerium unterstellte Nationalgarde gegründet, die Freiwilligenverbände wurden in die Armee integriert, die Kommandostruktur an die NATO-Standards angepasst, die Waffenproduktion und Modernisierung von Militärgerät sind angelaufen. 2018 haben die USA eine Lieferung von Javelin-Panzerabwehrraketen an die Ukraine bewilligt, 2020 wurden die ersten Raketen ausgeliefert.

1991 hatten die auf dem ukrainischen Territorium stationierten Verbände noch 780.000 Personen umfasst; sie wurden bis 2014 auf rd. 120.000 reduziert. Mit dem Konflikt im Donbas stieg die Zahl der Wehrpflichtigen wieder. 2019 gab es laut Military Balance ca. 209.000 aktive Wehrpflichtige. Seit 2015 beträgt der Wehrdienst wieder 18 (12 Monate für Rekruten mit Hochschulabschluss) bzw. 24 Monate in der Marine. Das Einberufungsalter wurde von 18 auf 20 Jahre angehoben.

2019 hat die Ukraine nach Angaben des Stockholmer Instituts SIPRI Waffen in einem Volumen von nur 91 Mio. US\$ (davon 78 Mio. US\$ nach China) exportiert. Noch 2016 war das Land mit einem Volumen von 486 Mio. US\$ weltweit der neuntgrößte Rüstungsexporteur. Das höchste Volumen wurde im Jahr 2012 mit 1,5 Mrd. erreicht. Die größten Abnehmer im Zeitraum von 2015 bis 2019 waren China (Anteil: 30,6 %), Russland (20,1 %) und Thailand (16,8 %). 2019 hat die Ukraine zum ersten Mal keine Waffen nach Russland exportiert.

Militärausgaben Im Haushalt 2020 wurden 117,5 Mrd. für das Militärbudget eingeplant (2,9 % des BIP). 2019 wurden dafür 106,6 Mrd. UAH ausgegeben. Laut SIPRI betragen die Verteidigungsausgaben 2019 rd. 135,0 Mrd. UAH oder 3,4 % vom BIP. Bis 2014 lagen die Verteidigungsausgaben bei etwa 1,5 % des BIP.

Quellen: The Military Balance 2020, IISS, London; SIPRI, Stockholm; Finanzministerium

Heer 145.000 Personen; *Ausrüstung*: u. a. 2.080 Kampfpanzer (davon 1.298 T-64, 630 T-72, 122 T-80, 20 T-55, 6 T-84)*, ca. 548 Aufklärungspanzer, 1.137 Schützenpanzer, 90 SS-21 Boden-Boden-Raketen, Boden-Luft-Raketen SA-12 und SA-13 sowie 58 Kampfhubschrauber (Mi-24, Mi-8);

* Langfristig sollen T-64-Panzer durch T-84 ersetzt werden.

Marine ca. 11.000 Personen (darunter 1.000 Personen Marineluftwaffe und 2.000 Marineinfanterie); nach der Krim-Annexion wurde das Hauptquartier nach Odessa verlegt; etliche Schiffe sind im russischen Besitz auf der Krim geblieben; *Ausrüstung*: u. a. 1 Fregatte, 9 Patrouillen- bzw. Küstenkampfschiffe, 2 Amphibienfahrzeuge, 10 Versorgungsschiffe; 7 Kampfhubschrauber der Marineluftwaffe;

Luftwaffe rd. 45.000 Mann (einschl. Luftabwehr); *Ausrüstung*: u. a. 125 einsatzfähige

Kampfflugzeuge (darunter 37 MiG-29, 34 Su-27, 31 Su-25, 14 Su-24, 9 Su-24MR), 30
Transportflugzeuge (darunter 5 Il-76, 1 An-70, 20 An-26), 322 Boden-Luft-Raketen;

Mobile Luftlande-Truppen rd. 8.000 Personen; *Ausrüstung*: u. a. 75 Schützenpanzer, 180 gepanzerte Mannschaftswagen;

Paramilitärische Verbände 88.000 Personen, davon 46.000 Nationalgarde und 42.000 Grenztruppen, beide sind dem Innenministerium unterstellt;

Auslandseinsätze Zum 31. Aug. 2020 waren im Rahmen von UN-Auslandseinsätzen 301 ukrainische Kräfte im Einsatz, davon u. a. 263 in der Dem. Rep. Kongo (MONUSCO) und 15 in Südsudan (UNMISS).

Quellen: The Military Balance 2020; UN-Peacekeeping

■ Massenmedien und Kommunikation

Nach einer eklatanten Verschlechterung der Situation der Pressefreiheit unter Präsident Janukowytsch (Zensur, Verfolgungen, Behördenschikanen, Einschüchterung der Journalisten) hat sich die Lage nach 2014 grundsätzlich verbessert. Jedoch bleibt die Situation wegen des Donbas-Kriegs für die Journalisten in dieser Region äußerst gefährlich. 2014 wurden sieben Journalisten getötet (einer während des Euromajdans, sechs im Donbas) und 30 entführt, 2015 starben zwei Journalisten. Viele Journalisten mussten die Krim und den Donbas wegen akuter Lebensgefahr verlassen. Der im Mai 2017 durch Separatisten entführte Journalist Stanislaw Asejew (Wasin) kam erst Ende 2019 im Rahmen eines Gefangenenaustausches frei. Kritische Journalisten werden in den sogenannten „Volksrepubliken“ als Spione betrachtet.

Es gibt eine starke Polarisierung in den Medien, wobei die meisten nicht finanziell unabhängig und entweder direkt den Oligarchen gehören oder ihrem politischen Einfluss ausgesetzt sind. Drohungen und unbestrafte Gewalttaten vor allem gegen investigative Journalisten bleiben nach wie vor ein Problem. Nach einem Überfall im Mai 2019 erlag ein Journalist in der zentralukrainischen Region Tscherkassy, der über Korruption auf der regionalen Ebene berichtet hat, seinen Verletzungen.

Presse Mitte 2019 erschienen in der Ukraine 3.140 Pressetitel, davon rd. 1.370 Zeitungen. Die meisten Titel erscheinen auf Ukrainisch, andere auf Russisch oder zweisprachig; die Gesamtauflage der russischsprachigen Printmedien ist höher (Gesamtauflage: 267 Mio. auf Russisch ggü. 210 Mio. Ukrainisch), hat sich jedoch im Vergleich zu 2017 (440 Mio. auf Russisch ggü. 410 Mio. Ukrainisch) fast halbiert. Die Printmedien befinden sich überwiegend im Privatbesitz, Mitte 2019 gab es kaum noch von Behörden herausgegebene und finanzierte Zeitungen. Die meisten großen Blätter werden von starken Wirtschafts- und Finanzgruppen kontrolliert, es gibt aber einen starken Wettbewerb.

Wichtige private Zeitungen bzw. Zeitschriften (alle Kiew)					
Name	gegr.	Sprache	Aufl.	Ausg.*	Website
Expres [°]	1992	ukr.	300.000	3	https://expres.online
Gazeta poukrainsky	2006	ukr.	250.000	2	https://gazeta.ua
Bulvar Gordona ^{°**}	1995	rus.	170.000	1	http://bulvar.com.ua

* pro Woche; ** bis 2005 „Bulvar“, *** Neugründung 1996; ° Boulevardblatt; °° Zeitschrift

Insgesamt sind die Auflagen mit wenigen Ausnahmen stark nach unten gegangen, es gibt auch zum Teil deutliche Verschiebungen; Fakty hatte früher auf der Krim und im Donbas besonders viele Leser.

Name	gegr.	Sprache	Aufl.	Ausg.*	Website
Den	1996	ukr., rus., engl.	90.000	4	https://day.kyiv.ua
Ukrajina Moloda	1991	ukr.	87.000	3	http://umoloda.kiev.ua
Silski Wisti	1920***	ukr.	58.000	3	www.silskivisti.kiev.ua
Fakty°	1997	rus.	31.000	1	https://fakty.ua
Ukrainskyj Tyschden°°	2007	ukr.	23.000	1	http://tyzhden.ua
Novoje Vremja°°	2014	rus.	19.000	1	https://nv.ua
Kyiv Post	1995	engl.	7.000	1	www.kyivpost.com

* pro Woche; ** bis 2005 „Bulvar“, *** Neugründung 1996; ° Boulevardblatt; °° Zeitschrift

Insgesamt sind die Auflagen mit wenigen Ausnahmen stark nach unten gegangen, es gibt auch zum Teil deutliche Verschiebungen; Fakty hatte früher auf der Krim und im Donbas besonders viele Leser.

Neben den Printmedien gibt es auch reine **Internet-Zeitungen**, u. a. *Ukrainska Pravda* (www.pravda.com.ua), *Levyj Bereg* (<https://lb.ua>) und *Censor.net* (<https://censor.net.ua>). Das Boulevardblatt *Segodnja* (<https://www.segodnya.ua>) erscheint seit Sept. 2019, die unabhängige Wochenzeitung *Dzerkalo Tyschnja* (rus. *Zerkalo Nedeli*) seit Anfang 2020 nur im Internet (<https://zn.ua>).

Staatliche Presseorgane spielen keine wichtige Rolle in der Medienlandschaft, allerdings treten Gesetze offiziell erst nach der Veröffentlichung in der Regierungszeitung *Urjadowyj Kurjer* (gegr. 1990, 5-mal wöchtl., Aufl. ca. 15.000, ukrainisch; <https://ukurier.gov.ua>) in Kraft. Ferner veröffentlicht die Werchowna Rada die Zeitung *Holos Ukrainy* („Stimme der Ukraine“; gegr. 1991; 5-mal wöchtl., Aufl. ca. 60.000, ukrainisch/russisch; www.golos.com.ua).

Die wichtigsten **Nachrichtenagenturen** sind die staatliche Nachrichtenagentur *Ukrinform* sowie die *Ukrainische Unabhängige Nachrichtenagentur UNIAN* und *Interfax-Ukraina*.

Rundfunk 1994 wurde der „Nationale Rat für Fernsehen und Radio“ gebildet, der u. a. für die Lizenzvergabe zuständig ist. Dessen acht Mitglieder werden jeweils zur Hälfte vom Präsidenten und vom Parlament ernannt. 1997 wurde ein erstes Gesetz über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verabschiedet. 2014 folgte ein neues Gesetz, in dessen Folge 2015 eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt, die *Nationale öffentliche Rundfunkgesellschaft der Ukraine* (Suspilne), entstand.

Anfang 2018 waren landesweit insgesamt rd. 1.500 TV- und Radiosender registriert, wie viele davon tatsächlich senden, war jedoch unklar. Das Kabelfernsehen erreichte im Jan. 2020 rd. 2,45 Mio. Haushalte.* Der Fernsehwerbemarkt betrug 2019 rund 11,5 Mrd. UAH. Hörfunk und Fernsehen unterstehen der Aufsicht des Staatskomitees für Fernsehen und Radio.

* Ohne Krim und einen Teil von Donbas.

Quellen: Nationaler Rat für Fernsehen und Radio; Staatsamt für Statistik

Radiosender: Drei nationale Radioprogramme; ab 2017 öffentlich-rechtliches Modell; zahlreiche private FM-Sender in den Regionen.

Fernsehen: Wichtigste Fernsehsender sind die privaten Anstalten *1+1*, *Ukraina*, *Inter*, *ICTV*, *STB* und der öffentlich-rechtliche Sender *UA:Perschjy*, der aus dem früheren staatlichen Sender UT-1 entstanden ist und im April 2015 offiziell auf Sendung ging. Mehrere russische Sender, die früher über Kabelnetze empfangbar waren, wurden unter dem Vorwurf von Propaganda verboten.

Kommunikation Telefon: Das öffentliche Telefonnetz wird von der 2011 privatisierten

*UkrTelekom** betrieben. Die wichtigsten Mobilfunkanbieter sind *KyivStar* (zu 100 % *VEON* [früher *VimpelCom*], 26 Mio. Kunden), *Vodafone Ukraina* (zu 100 % *NEQSOL*, 19,5 Mio.) und *Lifecell* (zu 100 % *Turkcell*, 7,5 Mio.). Zum 1. Jan. 2019 gab es 6,1 Mio. Festnetzanschlüsse**, davon 89,1 % in den Städten.

* Die Wiederverstaatlichung von 2017 endete in zahlreichen Gerichtsverfahren und Berufungen und wurde 2018 rückgängig gemacht; ** ohne Krim und Teile von Donbas

Internet: Ende 2019 nutzten rd. 23 Mio. Ukrainer regelmäßig das Internet (in den Großstädten drei von vier Einwohnern), 21 Mio. hatten den Zugang zu Hause. 66 % nutzten vor allem oder ausschließlich Smartphones für den Internetzugang.

Quellen: Staatsamt für Statistik; Factum Group Ukraine

■ Literatur zur Politik

Boekh, Kathrin/ Vökl, Ekkehard	Ukraine. Von der Roten zur Orangenen Revolution. Regensburg: 2007
Raabe, Katharina/ Sapper, Manfred (Hrsg.)	Testfall Ukraine. Europa und seine Werte. Berlin: 2015
Sapper, Manfred/ Wechsel, Volker (Hrsg.)	Osteuropa. Div. Hefte, bes. 1-2/2020, 3-4/2019, 8-9/2018, 1-2/2015, 9-10/2014, 5-6/2014, 2-4/2010. Berlin
Schlögel, Karl	Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen. München: 2015
Schuller, Konrad	Ukraine. Chronik einer Revolution. Berlin: 2014
Sommerbauer, Jutta	Die Ukraine im Krieg. Hinter den Frontlinien eines europäischen Konflikts. Wien: 2015
Wilson, Andrew	Ukraine's Orange Revolution. New Haven, London: 2005

Bearbeitung: IH-Redaktion (fa)/Juri Durkot

Wirtschaft

■ Wirtschaftslage

Die Ukraine litt in den 1990er Jahren unter einer hohen Inflation und einem drastischen BIP-Rückgang, verzichtete jedoch auf notwendige Strukturreformen. Erst ein 2000 gestartetes Reformprogramm (Subventionsabbau, Verbot nicht-monetärer Zahlungen, Privatisierungsprogramm, Straffung der öfftl. Finanzen) führte eine Trendwende herbei, doch blieben die Reformen unvollendet. Zusätzlich sorgten Korruption sowie Vettern- und Schattenwirtschaft für Probleme. Die versäumten Reformen führten u. a. dazu, dass die ukrainische Wirtschaft infolge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 und der folgenden Rezession besonders schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde. 2009 verzeichnete die Ukraine mit -14,8 % den höchsten BIP-Rückgang in Osteuropa.

Die unvermeidliche Abwertung der ukrainischen Währung führte zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ukrainischer Exporteure, doch notwendige Strukturreformen wurden weiterhin aufgeschoben. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde durch erhebliche Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite aufgrund manipulierter und aufgeblähter Staatsaufträge auf Kosten der Staatskasse, durch ausufernde Korruption und fehlende Rechtssicherheit eingeschränkt.

Ab Anfang 2014 verschlimmerte der Konflikt mit Russland und der Krieg im Donbas die Situation weiter. Im Frühjahr 2014 bewahrte der IWF das Land mit einem Hilfspaket in Höhe von 17 Mrd. US\$ vor dem Staatsbankrott. Nach einem starken BIP-Rückgang in den Jahren 2014 und 2015 (-6,6 bzw. -9,8 %) konnte die Lage seit 2016 stabilisiert werden. Die Wirtschaft kehrte zu einem moderaten Wachstum zurück, das jedoch 2020 durch die Corona-Krise beendet wurde. Zusätzlich zum inländischen Lockdown verschlimmerte der Einbruch der globalen Konjunktur, der zu sinkender Nachfrage nach ukrainischen Exporten führte, die Lage. Der IWF geht für 2020 von einem BIP-Rückgang von 7,2 % aus, das German Economic Team in seinem Basisszenario von 7,0 %.

Seit 2014 hat die Ukraine wichtige fiskalische und wirtschaftliche Reformen durchgeführt. Der Bankensektor wurde saniert, die Gaspreise wurden angehoben. Das Land deckt seinen Erdgasbedarf seit Ende 2015 durch Eigenförderung und Lieferungen aus Europa und ist nicht mehr von Gaslieferungen aus Russland abhängig. In anderen Bereichen, etwa bei Justiz, Zoll oder Steuerverwaltung, wurden bisher keine durchgreifenden Reformen umgesetzt, was insbesondere in Verbindung mit Korruption das Geschäftsklima eintrübt. Im Frühjahr 2020 verabschiedete die Ukraine zwei für die Zusammenarbeit mit dem IWF wichtige Gesetze: ein Bodengesetz, das den Bodenmarkt öffnet, und ein Bankengesetz, das die Ansprüche von ehemaligen Eigentümern der nationalisierten Privatbank verhindern soll.

In den internationalen Rankings hat sich das Land 2019 im Vergleich zu 2013 deutlich verbessert: Beim Korruptionsindex (Corruption Perception Index) von Transparency International belegte die Ukraine 2019 den geteilten Rang 126 von 180 erfassten Staaten (30 von 100 mögl. Punkten) ggü. get. Rang 144 von 175 Staaten im Jahr 2013. Beim Ease-of-Doing-Business-Ranking der Weltbank verbesserte sich das Land von Rang 137 von 185 Ländern (2013) auf Rang 64 (2020; 190 Länder). Das Paying-Taxes-Ranking von PWC führte die Ukraine 2020 auf Rang 65 von 189 Staaten (2013: 165, jedoch 2018 auf Rang 43).

Quellen u. a.: Nationalbank der Ukraine; German Economic Team; gta; IWF

■ Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Sozialprodukt				
	2017	2018	2019	2020*
BIP (konst. Pr.; Mio. UAH)°	2.444,191	2.527,423	2.609,147	2.421,278
BIP (lfd. Pr.; Mio. UAH)	2.982,920	3.560,596	3.974,564	3.869,699
BIP (lfd. Pr., Mio. US\$)	112,125	130,927	154,694	142,250
BIP pro Kopf (lfd. Pr.; US\$)	2.656	3.119	3.707	3.425
BIP/Kopf (lfd. Pr.; Int.\$; PPP)	11.943	12.716	13.442	12.710
Wachstum (real; %)	2,5	3,4	3,2	-7,2

ohne Krim und Teile von Donbas; ° Basisjahr: 2016; * Prognose IWF

Quellen: Staatsamt für Statistik; IWF, World Economic Outlook Database, Okt. 2020

Sektorales Wachstum (real; %)					
	2016	2017	2018	2019	2020*
Industrie	4,0	1,1	3,0	-0,5	-7,4
Landwirtschaft	6,3	-2,3	8,0	1,3	k.A.

ohne Krim und Teile von Donbas; * Jan. bis Aug.

Quelle: Staatsamt für Statistik

BIP-Entstehung (2018; Anteile in %): Bergbau/Industrie 24,7; Handel/Gaststätten, Hotels 16,4; Land-/Forstwirtschaft, Fischerei 12,0; Transport/Logistik Kommunikation 12,0; Bau 2,7 Sonstige 32,2; **BIP-Verwendung** (2018; Anteile in %): priv. Konsum 69,1; öfftl. Konsum 20,8;

Bruttoanlageinvestitionen 17,2; Vorratsveränderungen 1,6; Außenbeitrag -8,6; statistische Abweichung -0,1.

Quellen: gta; Staatsamt für Statistik

■ Erwerbsstruktur, Löhne und Preise

Die schwere Wirtschaftskrise und der Krieg im Donbas verursachten ab 2014 einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit (im Donbas: 2014 offiz. rd. 16 %, 2016 lt. UNDP-Schätzung 50 %). Es gibt viele Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft. Schätzungen zufolge arbeiteten Anfang 2020 zwischen 2,5 und 4 Mio. Ukrainer im Ausland. Die wichtigsten Länder waren Polen und Russland. 2019 haben die Arbeitsmigranten nach Angaben der Notenbank rd. 12 Mrd. US\$ in ihr Heimatland überwiesen. Wegen der Corona-Krise ist ein Teil der Gastarbeiter zurückgekehrt, genaue Angaben dazu gibt es nicht.

Arbeitsmarktentwicklung					
	2016	2017	2018	2019	2020*
offiz. registr. Arbeitslose (1.000)	390,8	354,4	341,7	338,2	517,7
Arbeitslose (1.000), ILO	1.678,2	1.698,0	1.578,6	1.487,7	1.630,1
Arbeitslosenquote (%), ILO	9,3	9,5	8,8	8,2	9,2

ohne Krim und Teile von Donbas; * Januar bis Juni

Quelle: Staatsamt für Statistik

Das Existenzminimum lag ab 1.7.2020 bei 2.118 UAH, der Mindestlohn betrug ab 1.9.2020 5.000 UAH, die Mindestrente 2.000 UAH (laut Rentengesetz 40 % vom Mindestlohn). Die Durchschnittsrente lag im Juli 2020 bei 3.394 UAH pro Monat.

Lohnentwicklung					
	2015	2016	2017	2018	2019
Durchschnittslohn (UAH)*	4.195	5.183	7.104	8.865	10.497
Reallohn ggü. Vorjahr (%)	-20,2	9,0	19,1	12,5	9,8
Reallohn (1991 = 100)	182,8	199,3	237,3	267,0	293,2

ohne Krim und Teile von Donbas; * brutto pro Monat

Im Jan.-Aug. 2020 betrug der Durchschnittslohn 11.100 UAH

Quelle: Staatsamt für Statistik

Nachdem die Hyperinflation (1993 bei rd. 10.000 %) in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre eingedämmt worden war, bewegte sich die Inflationsrate in den 2000ern zwischen einem hohen einstelligen und einem niedrigen zweistelligen Bereich. Der Krieg im Donbas, der Verfall der Hrywnja und die Anhebung der Energiepreise für die Bevölkerung sorgten ab 2014 für einen kräftigen Inflationsschub (2014: 24,9 %, 2015: 43,3 %). Danach konnte die Inflation durch eine restriktive Geldpolitik wieder eingedämmt werden. Die Prognose für 2020 wurde wegen Corona-Krise und Lockerung der Geldpolitik mehrmals korrigiert und lag im August nach Schätzungen der Regierung bei 5,9 %.

Inflation (%)*					
	2016	2017	2018	2019	2020**
Produzentenpreise	35,7	16,5	14,2	-7,4	6,3

	2016	2017	2018	2019	2020**
Verbraucherpreise	12,4	13,7	9,8	4,1	1,7

ohne Krim/Teile von Donbas; * jeweils Dez. gegenüber Dez. des Vorjahres; ** Jan.-Sept.

Quelle: Staatsamt für Statistik

■ Zahlungsbilanz

Zahlungsbilanz (Mio. US\$)					
	2015	2016	2017	2018	2019
Leistungsbilanz	5.035	-1.866	-3.473	-6.432	-4.124
Handelsbilanz	-3.455	-6.942	-9.663	-12.714	-14.261
Dienstleistungsbilanz	1.093	489	919	1.336	1.750
Primäreinkommen	3.794	951	1.648	1.294	1.924
Sekundäreinkommen	3.603	3.636	3.623	3.652	6.463
Direktinvestitionen	-407	3.794	3.684	4.460	5.212

ohne Krim und Teile von Donbas

Quelle: Nationalbank der Ukraine

Das seit 1993 kumulierte Investitionsvolumen lag zum 1.1.2019 bei 43,8 Mrd. US\$ (ohne Krim und einen Teil von Donbas). Der größte Investor war mit einem Gesamtvolumen von 12,7 Mrd. US\$ und einem Anteil von 29 % Zypern, gefolgt von den Niederlanden (10,2 Mrd. US\$, 23,2 %), Großbritannien (2,5 Mrd. US\$, 5,8 %), Deutschland (2,2 Mrd. US\$, 5,1 %) und der Schweiz (2,1 Mrd. US\$, 4,8 %).

Quelle: gtai

■ Außenhandel

Nach 2004 verzeichnete der ukrainische Außenhandel wachsende Defizite (u. a. wegen drastisch gestiegener Preise für Energieimporte). Der Krieg im Donbas, die Wirtschaftskrise und die Abwertung der Hrywnja 2014-2015 führten zum Einbruch des Außenhandels, besonders bei den Einfuhren. Die Erholung setzte erst 2017 ein. Der Konflikt mit Russland und die sinkende Nachfrage nach Energieträgern führten zu deutlichen Verschiebungen in der Außenhandelsstruktur. Der Handel mit Russland (2012: 25,6 % bei den Exporten, 32,4 % bei den Importen) ist eingebrochen, der mit der EU stark gestiegen. 2019 hat China zum ersten Mal Russland als wichtigsten Handelspartner verdrängt (bei den Exporten auch Polen). 2020 setzte sich die Tendenz fort – von Jan. bis Juli sind die Exporte nach Russland um weitere 16,1 % gesunken, die Importe um 41,7 % eingebrochen, so dass Deutschland bei Importen Russland auch vom zweiten Rang verdrängt hat. Seit Dez. 2015 kauft die Ukraine kein Erdgas von Russland.

Außenhandel (Mio. US\$)*					
	2015	2016	2017	2018	2019
Exporte	38.127	36.362	43.265	47.335	50.060
Importe	37.516	39.250	49.607	57.188	60.784

* Warenhandel; ohne Krim und Teile von Donbas

Quelle: Staatsamt für Statistik

Handels Güter (2019; Anteile in %): *Exporte*: Nahrungsmittel 44,3; Eisen und Stahl 20,5;

Mineralprodukte 9,7; Maschinen 8,9; chemische Erzeugnisse 5,3; sonstige 11,3 *Importe:* Maschinen, Ausrüstungen und Kfz 32,0; Erdöl und Erdgas 21,4; chemische Erzeugnisse 18,2; Nahrungsmittel 9,5; sonstige 18,9;

Quellen: Staatsamt für Statistik; gtai

Haupthandelspartner (2019; Anteile in %): *Exporte:* China 7,2; Polen 6,6; Russland 6,5; Türkei 5,2; Italien 4,8; Deutschland 4,8; Ägypten 4,5 *Importe:* China 15,1; Russland 11,5; Deutschland 9,9; Polen 6,7; Belarus 6,2; USA 5,4; Türkei 3,9;

Der Handel mit der EU stieg 2019 bei den Exporten um 3,0 % auf 20,8 Mrd. US\$ (Anteil: 41,5 %), bei den Importen um 7,7 % auf 25,0 Mrd. US\$ (Anteil: 41,1 %).

Quelle: Staatsamt für Statistik.

Handel mit Deutschland (2019 [2018]): Dt. Ausfuhren in die Ukraine: 4,855 (4,524) Mrd. Euro; dt. Einfuhren aus der Ukraine: 2,866 (2,650) Mrd. Euro.

Quelle: Deutsches Statistisches Bundesamt (Destatis)

■ Staatsfinanzen und Haushalt

Währung Mit der Währungsreform von 1996 wurde die Übergangswährung Karbowanez durch die Nationalwährung Hrywnja (UAH; 1 UAH = 100 Kopeken [Kopijka]) ersetzt. Zentralbank ist seit 1991 die *Nationalbank der Ukraine*.

Mehrere Krisen haben die Hrywnja stark in Mitleidenschaft gezogen. Nach der Russland-Krise von 1998 hat sich der Hrywnja-Kurs ab 2000 bei rund 5,3 UAH für 1 US\$ eingependelt. Inoffiziell wurde von der Notenbank eine Politik der Dollarbindung betrieben. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 hatte eine Abwertung der Hrywnja von rd. 60 % zur Folge. 2012 setzte das andauernd hohe Außenhandelsdefizit die Hrywnja erneut unter Druck und nach dem Sturz von Janukowytch 2014, dem Beginn der ukrain. Wirtschaftskrise und der Schmelze der Währungsreserven setzte der freie Fall der Hrywnja ein. Der Krieg im Donbas verschlimmerte die Situation zusätzlich und führte teilweise zu Panikstimmung. Nach einem Absturz auf 33 UAH für 1 US\$ im Febr. 2015 erholte sich der Kurs zunächst bis zu einem Niveau von 21-22 UAH, 2018 pendelte er um die Marke von 26-27 UAH für 1 US\$, bevor es 2019 wieder zu einer Erholung bis 24 UAH für 1 US\$ kam. Daraufhin geriet die Notenbank immer stärker unter politischen Druck, da die starke Hrywnja für Exporteure ungünstig ist und die Zolleinnahmen verringert. Ein weiterer Vorwurf war, dass die Notenbank den Leitzins zu langsam senkt, obwohl er seit Apr. 2019 von 17,5 auf derzeit 6 % gesenkt wurde. Aus Protest gegen den Druck trat der Notenbankchef Jakiw Smolij im Aug. 2020 von seinem Amt zurück. Die neue Notenbankführung verfolgt eine lockerere Geldpolitik und sieht die Zielmarke bei 30 UAH für 1 US\$. Im Okt. 2020 überschritt der Kurs die Marke von 28 UAH für 1 US\$.

Währungsreserven (Mio. US\$)*					
	2016	2017	2018	2019	2020**
Insgesamt	15.540	18.809	20.820	25.302	29.049
- Devisen und Wertpapiere	11.894	15.582	19.814	24.073	27.436
- SZR und IWF-Reservepos.	2.704	2.166	4	10	7
- Gold	942	1.061	1.002	1.219	1.606

* jeweils zum Jahresende; ** zum 1.9.2020

Quelle: Nationalbank der Ukraine

Haushalt Seit dem Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 stellte zunächst das Haushaltsdefizit ein großes Problem dar. Die Situation konnte nur dank eines Stand-by-Programms des IWF unter Kontrolle gehalten werden. 2014, als die neue Wirtschaftskrise vom Krieg im Donbas

und Konflikt mit Russland verschlimmert wurde, stieg das Defizit auf 5 % des BIP. Seitdem konnte es auf unter 3 % des BIP gedrückt werden (2019: 2,0 %). Allerdings wird die Corona-Krise 2020 ein neues Loch in der Haushaltskasse verursachen, Anfang Sept. betrug das Defizit bereits über 250 Mrd. UAH.

Staatshaushalt (Mrd. UAH)					
	2016	2017	2018	2019	2020*
Einnahmen	616,3	793,4	928,1	998,3	979,5
Ausgaben	684,9	839,5	985,9	1.075,1	1.270,1

* Haushaltsgesetz mit Änderungen, zuletzt vom Aug. 2020

Quellen: Nationalbank der Ukraine; Werchowna Rada

Der Haushalt wird traditionell durch die Subventionen für die Bevölkerung (v. a. bei den Gaslieferungen), staatliche Zuschüsse für den defizitären Rentenfonds und die gesetzliche Anhebung der Mindestlöhne belastet. 2020 ist die Corona-Krise ein weiterer Faktor.

Schulden Die *Auslandsverschuldung* lag zum 1. Juli 2020 bei 52,9 Mrd. US\$ (Staatsschulden). Dazu kamen 69,9 Mrd. US\$ Schulden des privaten Sektors. Die Gesamtverschuldung belief sich somit auf 122,8 Mrd. US\$ oder 78,7 % des BIP. 2015 handelte die Ukraine mit ihren Privatgläubigern einen Schuldenschnitt in der Höhe von 3,8 Mrd. US\$ aus, etwa 15 Mrd. US\$ Schulden wurden umstrukturiert.

Russland, das Ende 2013 zwecks Unterstützung von Janukowytsch ukrainische Eurobonds für 3 Mrd. US\$ gekauft hatte, betrachtete diese jedoch als Staatsschulden und lehnte deren Umstrukturierung ab. Kiew verweigerte die Ende 2015 fällige Rückzahlung. Nachdem das Gericht in London zugunsten von Russland entschieden hatte, war die Ukraine bei der Berufung im Sept. 2018 erfolgreich. Ein weiteres Gerichtsverfahren ist im Gange.

Quellen: Finanzministerium der Ukraine; Nationalbank der Ukraine

Entwicklungshilfe Wiederholt erhielt die Ukraine Unterstützung durch IWF-Kredite. So verabschiedete der IWF im April 2014 nach dem Sturz von Janukowytsch ein Programm für zwei Jahre in Höhe von 16,7 Mrd. US\$, das im März 2015 durch ein Extended-Fund-Facility-Programm (17,5 Mrd. US\$ bis März 2019) ersetzt wurde. Bis März 2018 wurden davon insg. rd. 8,7 Mrd. in vier Tranchen ausgezahlt, danach wurde das Programm auf Eis gelegt. Zu den Streitpunkten gehörten u. a. die vom IWF geforderte Anhebung der Gaspreise, die Gründung eines Antikorruptionsgerichtes und die Aufhebung des Moratoriums auf den Verkauf von Grund und Boden. Im Juni 2020 wurde wegen der Corona-Krise ein neues 18-monatiges Stand-by-Programm für 5,0 Mrd. US\$ aufgelegt, die erste Tranche von 2,1 Mrd. US\$ wurde im Juni ausgezahlt. Die weiteren Tranchen verzögerten sich wiederum, zu den Streitpunkten gehörten u. a. das Budgetdefizit und die unsachgemäße Verwendung der Gelder aus dem Fonds für COVID-19-Bekämpfung, aus dem das Land zum Teil den Straßenbau finanziert hat.

Mitte 2020 wurden von der Weltbank 18 Projekte in der Ukraine mit einem Gesamtvolumen von 3,9 Mrd. US\$ finanziert. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) investierte bis Sept. 2020 insgesamt 14,4 Mrd. Euro in 479 Projekte, 47 % der Mittel flossen in den Privatsektor. 2020 war die Bank mit 4,0 Mrd. Euro an laufenden Projekten beteiligt.

Quellen: Nationalbank der Ukraine; IWF; Weltbank; EBWE

■ Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Ernährung Nach dem krisenbedingten Rückgang beim Verbrauch von Fleisch und Fisch (2014-2016) nimmt deren Verzehr seit 2018 wieder zu (2019: 4,7 kg Fleisch und 1,5 kg Fisch pro Person und Monat).

Quelle: Staatsamt für Statistik

Landwirtschaft Die Ukraine ist aufgrund günstiger klimatischer Bedingungen und fruchtbarer Schwarzerdeböden ein bedeutender Agrarproduzent. Mit einem Anteil von 9 % am BIP (2019) und 18,2 % der Beschäftigten ist die Landwirtschaft ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Auch für den informellen Sektor und die Subsistenzwirtschaft ist sie von großer Bedeutung.

2020 umfasste die landwirtschaftliche Nutzfläche 41,4 Mio. ha (mit Krim), davon entfielen rd. 17 Mio. ha auf Schwarzerdeböden. Die mit Abstand wichtigste Rolle spielt der Weizenanbau. In den letzten Jahren gab es mehrere Rekordernten, so 2013-2014, 2016 und 2018-2019. Probleme gibt es dagegen in der Viehwirtschaft, die seit 1995 fast nur rote Zahlen schreibt. Die Produktion von Milch, Eiern und Geflügel ist jedoch rentabel.

Die rd. 10.700 sowjetischen Kolchosen wurden erst 2001 aufgelöst. Das im Bodengesetz von 2001 verhängte Moratorium auf Verkauf von landwirtschaftlichen Flächen wurde mehrmals verlängert, erst im März 2020 wurde im Bodenmarktgesetz der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen ab 1. Juli 2021 für natürliche Personen (bis 100 ha) und ab 1. Jan. 2024 für juristische Personen (bis 10.000 ha) gestattet. Der Erwerb von landwirtschaftlichen Flächen für Ausländer soll erst nach dem positiven Ergebnis eines Referendums möglich sein.

Landwirtschaftliche Produktion				
	2016	2017	2018	2019
Umsatz (lauf. Pr.; Mio. UAH)	279.701	303.949	361.173	358.072

Produktionsindex 2019 (1990 = 100): 100,2; Quelle: Staatsamt für Statistik

Ernteergebnisse (1.000 t)*				
	2016	2017	2018	2019
Getreide	66.088	61.917	70.057	75.143
Kartoffeln	21.750	22.208	22.504	20.269
Sonnenblumenkerne	13.627	12.236	14.165	15.254
Zuckerrüben	14.011	14.882	13.968	10.205
Gemüse	9.415	9.286	9.440	9.688
Früchte/Beeren	2.007	2.048	2.571	2.119

* ohne Krim und Teile von Donbas

Viehbestand*				
	2016	2017	2018	2019
Rinder (1.000)	3.682	3.530	3.333	3.092
Schweine (1.000)	6.669	6.110	6.025	5.727
Schafe/Ziegen (1.000)	1.315	1.309	1.269	1.205
Geflügel (Mio.)	201,7	204,8	211,7	220,5

* ohne Krim und Teile von Donbas; jeweils zum Jahresende

Tierische Produktion*				
	2016	2017	2018	2019
Fleisch (1.000 t)	2.324	2.318	2.355	2.492
Milch (1.000 t)	10.382	10.281	10.064	9.663
Eier (Mio. Stück)	15.100	15.506	16.132	16.678

* ohne Krim und Teile von Donbas

	2016	2017	2018	2019
--	------	------	------	------

Quelle: Staatsamt für Statistik

* ohne Krim und Teile von Donbas

Forstwirtschaft Die Waldfläche umfasste 2018 etwa 9,6 Mio. ha (15,9 % der Landesfläche) mit einem Baumbestand von 2,1 Mrd. m³. 2019 wurden 20,9 Mio. m³ Holz geschlagen (2018: 22,5 Mio. m³). Wie sich der wilde und illegale Holzschlag der letzten Jahrzehnte auf den Baumbestand auswirkt, ist unklar.

Quelle: Staatsamt für Statistik

Holzschlag: ohne Krim und Teile von Donbas; Quelle: Staatsamt für Statistik

Fischerei Seefischfang findet im Schwarzen und im Asowschen Meer sowie auf den Weltmeeren statt. Mit der Annexion der Krim sind nicht nur die Fanggebiete, sondern auch ein Teil der Flotte weggefallen. Zusätzlich hat der Krieg im Donbas die Sicherheitslage im Asowschen Meer verschärft. Der Fischfang ist 2014 um 59,7 % von 226.000 t auf 91.000 t eingebrochen und hat sich danach nicht mehr erholt. 2019 wurden rd. 92.700 t Fisch und Meeresfrüchte gefangen.

Quelle: Staatsamt für Statistik

■ Produzierendes Gewerbe

Bergbau Die Ukraine ist ein bedeutender Produzent mineralischer Rohstoffe. Sie verfügt über rund 20 % der Weltvorräte an Manganerzen und bis zu 5 % der Eisenerzvorräte. Die Kohleproduktion im Donezbecken wird dagegen durch hohe Abbaukosten belastet. Zu erwähnen sind auch Bodenschätze wie Ilmenit (u. a. für die Titanschwammproduktion), Schwefel, Bauxit, Blei, Zink, Magnesium und Uran. Die Ukraine betreibt zudem verstärkt Förderung von Erdgasvorkommen, Förderung von Schiefergas wurde wegen massiver Proteste vorerst aufs Eis gelegt.

Besonders stark hat der Konflikt im Donbas die Kohlebranche getroffen. Von 102 Staatsgruben befinden sich nur 35 auf dem durch Kiew kontrollierten Territorium. Davon sind 33 in Betrieb, nur 4 davon sind rentabel. 2018 hat der Staat die Branche mit 3 Mrd. UAH subventioniert. Die meisten Gruben mit Anthrazit-Kohle werden derzeit von Separatisten kontrolliert, was zunächst einige ukrainische Kraftwerke vor große Probleme stellte. Seit 2004 hat die Ukraine im Laufe der Restrukturierung 68 Gruben geschlossen, bei 19 weiteren steht die Schließung an.

Mineralische Rohstoffe*				
	2016	2017	2018	2019
Erdöl (Mio. t)	1,6	1,5	1,6	1,7
Erdgas (Mrd. m³)	20,0	20,5	20,8	20,5
Kohle (Mio. t)	41,9	32,4	34,0	32,8
Eisenerz (Mio. t)	56,7	50,8	53,1	51,7

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quelle: Staatsamt für Statistik

Energie Die gesamte installierte Leistung beträgt rund 54.200 MW. Es gibt vier mit insg. 15 Wasser-Wasser-Energieraktoren ausgestattete Kernkraftwerke (installierte Leistung: 13.835 MW). Der Anteil der Atomkraft an der Energieproduktion liegt seit 2014 bei über 50 %, 2019 betrug er 53,8 %. Viele Kohlekraftwerke sind sanierungsbedürftig. Wasserkraftwerke gibt es vor allem am Dnipro und an den Bergflüssen in den Karpaten (Anteil: 5,1 %). Der Anteil erneuerbarer Energien (vor allem Solarkraftwerke) steigt allmählich, sie spielen bisher aber nur eine geringe Rolle (2019: 3,2 %).

Energiegewinnung*

	2016	2017	2018	2019
	2016	2017	2018	2019
Elektroenergie (Mrd. kWh)	164,6	156,0	159,8	154,1

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quellen: Staatsamt für Statistik; NEK Ukrenergo

Verarbeitendes Gewerbe Die strukturellen Probleme der ukrainischen Industrie wurden durch den anfangs bestehenden Reformmangel verschärft. 1990 hatte die Schwerindustrie (v. a. Maschinenbau und Stahlproduktion) einen Anteil von rund 70 % an der Gesamtproduktion. Etwa die Hälfte aller Maschinenbaubetriebe war im Rüstungssektor tätig. Der Zusammenbruch der Märkte im GUS-Raum, der Wegfall der Rüstungsaufträge und die Öffnung der Märkte führten zur tiefen Krise. 1999 setzte die Erholung ein, bis 2008 boomte die Wirtschaft. Nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 wuchs sie bis Mitte 2012 wieder, zum Jahresende rutschte die Industrie jedoch deutlich ins Minus. Die tiefe Krise verschärfte sich 2014-2015, als die Industrieproduktion um 10,1 % bzw. 13 % sank. 2016 hat sich die Lage stabilisiert, ist jedoch 2019 wieder ins Minus gerutscht. 2020 betrug der durch die Corona-Krise bedingte Rückgang -7,4 %.

Industrielle Entwicklung*				
	2016	2017	2018	2019
Umsatz (Mio. UAH)	1.767.093	2.153.031	2.261.429	2.273.077

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quelle: Staatsamt für Statistik

Der massive Rückgang hat 2014 und 2015 alle Branchen getroffen. Danach haben sich verschiedene Industrien unterschiedlich erholt. 2018-2019 verzeichnete nur die Chemiebranche ein hohes Wachstum (+15,3 bzw. +15,9 %), der Maschinenbau wuchs nur 2018 kräftig (+12,4; 2019: -2,2 %); die Metallurgie (+0,8 bzw. -1,4 %) und die Lebensmittelindustrie (-2,3 bzw. +3,3 %) stagnierten, die Textilindustrie (-3,4 bzw. -7,5 %) rutschte nach kurzer Erholung wieder ins Minus.

Ausgewählte Industrieerzeugnisse*				
	2016	2017	2018	2019
Stahl (Mio. t)	24,2	21,3	21,1	20,9
Traktoren (1.000)	3,3	3,3	2,4	1,4
Pkw (1.000)	4,3	7,3	5,7	6,3
Mineraldünger (Mio. t)	3,1	1,9	1,6	2,8
Waschmaschinen (1.000)	356	326	341	300
Zement (Mio. t)	8,8	9,0	8,9	9,0

* ohne Krim und Teile von Donbas

Quelle: Staatsamt für Statistik

Baugewerbe Das Baugewerbe fährt seit Jahren einen Achterbahnkurs. Die Immobilienblase von 2008-2009 setzte der Branche besonders stark zu (2009: -48,2 %), sie hatte einige spektakuläre Pleiten zur Folge. Nach einer kurzen Erholung folgte eine neue Krise. Zwischen 2012 und 2015 fiel der Umsatz um 42,4 % zum Basisjahr 2011. Seit 2016 gibt es wieder einen Bauboom. Der Umsatz lag 2019 bei 181,7 Mrd. UAH (+23,6 % ggü. Vorjahr), es wurden 126.000 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 11,0 Mio. m² gebaut. Allerdings sind die Immobilienpreise auf Dollarbasis wegen der Hrywnja-Abwertung und gesunkener Kaufkraft der Bevölkerung stark gefallen. Laut einigen Experten könnte dies in Verbindung mit wachsendem Leerstand wegen sinkender Verkäufe zu der nächsten Krise führen. Gebaut wird vor allem in Kiew, Lwiw und Odessa.

Quellen: Staatsamt für Statistik; Ministerium für Regionalentwicklung

■ Dienstleistungen

Finanzdienstleistungen Das ukrainische Bankengesetz wurde 1991, eine neue Fassung Ende 2000 verabschiedet, zuletzt novelliert im März 2020. Seit Anfang 2014 hat die Notenbank 106 Banken für insolvent erklärt, einige Banken wie die größte ukrainische Bank *Privatbank* wurden verstaatlicht. Der Anteil staatlicher Banken gemessen an Gesamtaktiva ist auf 54,3 % gestiegen. Zum 1. Sept. 2020 waren insgesamt 74 Banken tätig, darunter 34 mit ausländischer Beteiligung und 23 mit 100 % ausländischem Kapital. Der Anteil des ausländischen Kapitals an Aktiva der ukrainischen Banken betrug 30,2 %. Die größten Banken waren Mitte 2020 *Privatbank*, *Oschtschadbank* (Sparkasse), *Ukreximbank*, *Ukrgasbank* (alle staatlich), *Raiffeisen Bank Aval* (68,28 % *Raiffeisen International*, 30 % *EBRD*), *Alfa Bank Ukraine* (gehört zu 100 % der russ. Privatholding *ABH*, an der die italienische *UniCredit Group* 9,9 % hält)*, *PUMB* (First Ukrainian International Bank), *Ukrsibbank* (60 % *BNP Paribas*, 40 % *EBRD*) und *Sberbank Rossiji* (russ.).**

Die kumulierten Bankenaktiva lagen zum 1. Sept. 2020 bei 1.651,6 Mrd. UAH.

* Die UniCredit Group hat 2016 ihre ukrainische Tochter Ukrsozbank an die russ. Alfa Bank Holding verkauft und dafür eine Beteiligung von 9,9 % an der ABH Holdings S.A. bekommen.

** 2017 hat die Notenbank Sanktionen gegen russische Staatsbanken in der Ukraine eingeführt; betroffen davon waren *Sberbank*, *Prominvestbank* (eine Tochter der *Vneshekonombank*) sowie *VTB* und deren Tochter *BM Bank* (beide 2018 für zahlungsunfähig erklärt und aufgelöst). Sie dürfen u. a. keine Transaktionen zugunsten ihrer Mütter tätigen. Die russischen Banken wollen die Ukraine verlassen, Ende 2017 hat *Sberbank* ihre Tochter *VS Bank* verkauft, der Zwangsverkauf der *Prominvestbank* scheiterte 2020 am Urteil des Stockholmer Schiedsgerichts.

Quelle: Nationalbank der Ukraine

Binnenhandel 2019 betrug der Handelsumsatz im Einzelhandel 1,1 Mrd. UAH (+10,3 % ggü. 2018 in vergleichbaren Preisen). 2014 und 2015 erlitt der Einzelhandel einen Einbruch (-9,9 % bzw. -20,7 %).

Transport und Verkehr

Der relativ gut entwickelte Verkehrsbereich hat während der 1990er Jahre stark gelitten. Nachdem die Beförderungsleistung ab 2000 zunächst wieder gestiegen war, kam es 2009 erneut zu einem Einbruch. Danach hat sich nur der Güterverkehr kurz erholt. 2014-2015 wurde die Transportbranche von einer neuen schweren Krise getroffen, von der sie sich bis 2019 nicht erholt hat. Beförderungsleistung 2019 (alle Transportarten): 339,0 Mrd. tkm Fracht; 4,3 Mrd. Passagiere (+2,1 % bzw. -5,0 % ggü. 2018). Die Corona-Krise hat die Branche 2020 erneut schwer getroffen. Von Jan. bis Aug. ging die Beförderungsleistung beim Frachtverkehr um 17,1 % zurück, beim Passagierverkehr sogar um 40,8 %.

Straßen: Das Straßennetz hat eine Gesamtlänge von rd. 163.100 km (ohne Krim und Teile von Donbas) und ist zu 98 % asphaltiert. Die einzige Autobahn verbindet den Flughafen Kiew mit der Stadt. Die meisten Straßen sind in einem schlechten Zustand, für die Modernisierung fehlten oft die Mittel. Das 2019 verabschiedete Straßenbauprogramm sieht die Modernisierung von 24.000 km Straßen vor. Im Rahmen der Vorbereitungen zur Fußball-EM 2012 wurden die Straßen zur Westgrenze und zwischen den Austragungsstädten erneuert, jedoch nicht zu Autobahnen ausgebaut. 2019 gab es 88.500 Pkw-Neuzulassungen (+8 % ggü. 2018). Bis einschließlich 2013 gab es jährlich noch über 200.000 Neuzulassungen.

Schieneverkehr: Das Netz der Staatlichen Eisenbahnen (*Ukrzalisnyzja*) umfasst rd. 19.800 km

(ohne Krim und Teile von Donbas; 1.520-mm-Breitspur; ca. 47 % elektrifiziert). 2019 wurden 28,4 Mrd. Personen-km (-0,9 % ggü. Vorjahr) und für Fracht 181,8 Mrd. tkm erbracht (-2,4 % ggü. Vorjahr; jeweils ohne Krim und Teile von Donbas). Der Personenverkehr schreibt seit Jahren rote Zahlen. Eine Modernisierung des Netzes steht noch aus. Die im Mai 2012 eingeführten Hyundai-Schnellzüge (von Kiew nach Charkiw, Donezk und Lwiw) haben die Reisezeiten deutlich verkürzt. *Ukrzalisnyzja* hat 2017 einen Vertrag mit *General Electric* für Lieferung von modernen Loks abgeschlossen, die 30 Loks wurden bis Febr. 2020 ausgeliefert. Ein neuer Vertrag sah die Lieferung von 40 weiteren Loks bis Ende 2020 vor.

Schifffahrt: Die Ukraine verfügt, vor allem durch die Häfen Odessa und Illitschiwsk, über ausgezeichnete Seeverkehrsmöglichkeiten. Die Binnenschifffahrt leidet unter starker Versandung. Die Gesamtlänge der benutzbaren Wasserwege beläuft sich lt. dem Ministerium für Infrastruktur auf rd. 2.240 km (der Großteil davon entfällt auf den Dnipro). 2019 betragen die Frachtleistungen beim Schiffsverkehr 3,4 Mrd. tkm (ohne Krim und Teile von Donbas). Nach der Annexion der Krim ist der Seeschiffverkehr zum Erliegen gekommen, auf den Binnenschiffen wurden 2019 etwa 590.000 Passagiere befördert (2005 waren es noch 2,25 Mio.).

Luftverkehr: Im Passagierbetrieb sind rd. 20 Flughäfen (1991: rd. 50), zwei Drittel davon müssen modernisiert werden. Bis 2030 will die Regierung die jetzt stillstehenden 30 Flughäfen wieder in Betrieb nehmen. Die Flughäfen Boryspil (Kiew) und Lwiw sind die wichtigsten internationalen Verkehrsflughäfen des Landes. Der Flughafen Donezk wurde im Donbas-Konflikt total zerstört. Der Flughafen Dnipro wird ab 2020 modernisiert. Größte Fluggesellschaft ist *Ukraine International Airlines*. 2019 wurden 13,7 Mio. Passagiere befördert (+9,4 % ggü. 2018), die höchste Zahl seit 1991. Der Markt für Billigflieger wurde geöffnet. 2020 erlebte die Branche wegen der Corona-Krise einen totalen Einbruch. Zwischen März und Juni wurden keine Passagiere befördert, insgesamt von Jan. bis Aug. nur 3,1 Mio. (-65,8 % ggü. Vorjahreszeitraum).

Quellen: u. a. Staatsamt für Statistik; Ministerium für Infrastruktur

Tourismus In den 1990er Jahren führten Wirtschaftskrise und fehlende (westliche) Standards zum Niedergang der Branche. Seit 2000 befand sich der Tourismus wieder im Aufwind, ein neuer Schub, vor allem für Lwiw und Kiew, kam durch die Fußball-EM 2012. Die Schwarzmeerküste und die Karpaten sind die beliebtesten Erholungsgebiete. Der früher auch international beliebte Tourismus auf der Krim ist nach der Annexion praktisch zum Erliegen gekommen, derzeit reisen fast nur noch Touristen aus Russland dorthin. Schwerpunkte für den Tourismus sind Lwiw, Kiew und Odessa. Nach dem Einbruch von 2014 (-48,5 % ggü. 2013; 12,7 Mio. Auslandsgäste) hat sich die Branche bis 2018 erholt. 2019 besuchten 27,3 Mio. Gäste das Land (+1,1 % ggü. 2018). Für 2020 wurden keine Zahlen veröffentlicht, jedoch kam der internationale Tourismus wegen der Corona-Pandemie fast zum Erliegen, auch der Binnentourismus wurde stark in Mitleidenschaft gezogen.

Quellen: Staatsamt für Statistik; Grenzschutz

■ Literatur zur Wirtschaft

Deuber, Gunter/ Schwabe, Andreas	Geldpolitik in der Ukraine: Erfolgsgeschichte unter besonderen Umfeldbedingungen. - In: Ukraine-Analysen, Nr. 230. Bremen: 2020
Götz, Roland	Die Zukunft des ukrainischen Gastransmissionssystems. - In: Ukraine-Analysen, Nr. 190. Bremen: 2017
Opitz, Petra	Mit angezogener Handbremse. Reformen im Energiesektor der Ukraine. - In: Osteuropa 1-2/2015. Berlin: 2015

Stiewe, Clemens/ Spiekerman, Elias	Die Förderung erneuerbarer Energien in der Ukraine. In: Ukraine-Analysen, Nr. 218. Bremen: 2019
---	---

Bearbeitung: Juri Durkot

Soziales und Bildung

■ Soziales

Sozialversicherung Seit Anfang 2011 wird ein pauschaler Sozialbeitrag erhoben, aus dem die Beiträge nach einem bestimmten Schlüssel in den *Rentenfonds*, den *Arbeitslosenversicherungsfonds* und den *Sozialversicherungsfonds* (finanziert u. a. Krankengeld, Mutterschaftsurlaub, Zuwendungen bei Geburten), in den 2015 der *Versicherungsfonds gegen Arbeitsunfälle* integriert wurde, gezahlt werden. Seit 2016 gilt ein einheitlicher Beitrag von 22 %. Der Löwenanteil des pauschalen Sozialbeitrags – rd. 85,6 % des Gesamtbetrags – fließt in den Rentenfonds, 9,4 % fließen in den *Sozialversicherungsfonds* und 5 % in den *Arbeitslosenversicherungsfonds*. Seit 2004 gibt es auch private Rentenfonds. Der staatliche Rentenfonds ist seit Jahren höchst defizitär. 2019 hat ihn der Staat mit rd. 180 Mrd. UAH bezuschusst (2018: 150 Mrd. UAH). Die Rentenreform (ab 1. Okt. 2011 in Kraft, novelliert im Okt. 2017) hebt das Rentenalter in mehreren Stufen auf 60 Jahre bei Frauen an (von 55), bei Männern bleibt es bei 60 Jahren (bei Beamten auf 62 erhöht). 2017 wurde die Anzahl der für Rente notwendigen Berufsjahre erhöht. Anfang 2020 gab es ca. 11,3 Mio. Rentner (ohne Krim). Die Einführung einer obligatorischen Krankenversicherung ist bisher gescheitert.

Darüber hinaus gewährt der Staat Hilfen oder Mietzuschüsse für bedürftige Familien. Sämtliche Sozialzahlungen – mit Ausnahme von Geburtszuwendungen – befinden sich auf einem sehr niedrigen Niveau.

Quellen u. a.: Rentenfonds der Ukraine; Staatsamt für Statistik; Werchowna Rada

Gesundheitswesen 2018 standen für je 10.000 Einw. 44 Ärzte und 73 Krankenhausbetten zur Verfügung. 2019 wurden im Staatshaushalt 38,6 Mrd. UAH für das Gesundheitswesen aufgewendet, die Gesamtausgaben (einschl. Zuwendungen für lokale Haushalte) betragen 128,4 Mrd. UAH (3,2 % des BIP). 2020 wurden die Ausgaben für das Gesundheitswesen wegen der Corona-Pandemie mehrmals aufgestockt. Bis zum 1. Sept. wurden im Staatshaushalt 51,9 Mrd. UAH aufgewendet, die Gesamtausgaben beliefen sich auf 84,8 Mrd. UAH. Viele Ausgaben werden von Patienten getragen. Im Okt. 2017 hat das Parlament eine Gesundheitsreform beschlossen, die vom Staat garantierte und finanzierte Leistungen definiert. Die Basisebene bilden Hausärzte, es wurden internationale Behandlungsprotokolle eingeführt. Allerdings blieb die Reform unvollendet, nach dem Regierungswechsel wurde sie 2019 gestoppt. Die Corona-Pandemie deckte große Lücken im Gesundheitswesen auf.

Quellen: Staatsamt für Statistik; Werchowna Rada

Gesundheitslage Am häufigsten kommen Erkrankungen der Atemwege, des Harnsystems und Herz-Kreislauf-Erkrankungen vor. Von 1987 bis Sept. 2020 waren offiziell 361.500 HIV-infizierte Personen registriert. Die tatsächliche Zahl dürfte jedoch höher sein. Am schwersten betroffen sind die südlichen und östlichen Regionen des Landes (Odessa, Mykolajiw, Dnipro, Donezk) sowie Kiew; die Raten der HIV-Infizierten liegen zwischen 887,8 (Odessa) und 459,5 (Kiew) auf 100.000 Einw. Die Rate der Tbc-Kranken (2019: 60,1 auf 100.000 Einw.) ist seit 2006 rückgängig. Die höchste Rate weisen einmal mehr die südlichen und östlichen Regionen auf (Odessa: 138,5). Die statistischen Daten erfassen nicht mehr die Krim und Teile von Donbas, die sowohl von HIV als auch von der Tuberkulose überdurchschnittlich stark betroffen sind. Nach offiziellen Angaben sind

fast 170.000 Menschen infolge des Reaktorunglücks von Tschernobyl gestorben.

Quellen: Ministerium für Arbeit und Soziales; Gesundheitsministerium

■ Bildung und Wissenschaft

Die „Derussifizierung“ des Bildungssystems war eine der Hauptforderungen der politischen Oppositionsbewegung Ende der 1980er Jahre. Damals gingen über 50 % der Schüler in russische Schulen. Mit der nach der Unabhängigkeit einsetzenden „Ukrainisierung“ hat sich die Situation wieder zugunsten des Ukrainischen verändert (2020 war Ukrainisch Unterrichtssprache für 92 % der Schüler). Eine enorme Aufwertung haben ukrainische Geschichte und Literatur erfahren.

Heftige Diskussionen löste ab 2010 die Politik der Regierung Asarow aus, wieder einen stärkeren Akzent auf Verwendung des Russischen im Bildungsbereich zu legen. Auch das von der Regierung 2012 verabschiedete umstrittene Sprachengesetz, durch das Russisch in den Status einer „Regionalsprache“ erhoben wurde, sorgte für Unruhe. Überlegungen zur Rücknahme dieses Gesetzes beförderten 2014 die Kiew-kritische Stimmung auf der Krim und in der Ostukraine. 2018 wurde das Gesetz vom Verfassungsgericht wegen zahlreicher Verstöße beim Prozedere für verfassungswidrig erklärt.

Die Analphabetenrate lag laut Volkszählung 2001 bei 0,4 %, 2012 lt. UNESCO bei 0,03 %. Für 2019 wurden im Staatshaushalt 51,7 Mrd. UAH für Bildung verwendet (2018: 44,3 Mrd. UAH). Inklusive Transfers lagen die Gesamtausgaben bei 238,8 Mrd. UAH und betragen rd. 6 % des BIP (2018: 210,0 Mrd. UAH; 5,9 %).

Quellen: Bildungsministerium, UNESCO

Schulen Es besteht eine neunjährige Schulpflicht, eingeschult wird mit sechs oder sieben Jahren. 2017 wurde ein neues Bildungsgesetz verabschiedet, das ein 12-jähriges System festschreibt: Grundschule (Stufe I) – 4 Jahre, Mittelschule (Stufe II) – 5, Oberschule (Stufe III) – 3 Jahre. Im Schuljahr 2019/2020 (ohne Krim) besuchten 4,4 Mio. Schüler rd. 15.900 Grund-, Haupt- und Berufsschulen. Sie wurden von rd. 440.000 Lehrern unterrichtet.

Der Unterricht in der Sprache einer nationalen Minderheit wird laut neuem Bildungsgesetz nur in der Grundschule durchgehend stattfinden (Artikel 7). Danach können allerdings weiterhin mehrere Fächer in der jeweiligen Minderheitensprache unterrichtet werden. Das Gesetz hat zu ernsthaften Spannungen insbesondere mit der ungarischen Minderheit und Ungarn geführt.

Quellen: Bildungsministerium; Staatsamt für Statistik; Unian

Hochschulen und Forschungseinrichtungen Rd. 1,44 Mio. Studierende besuchten 2019/2020* die 619 höheren akademischen Schulen und Universitäten, darunter 115 private Einrichtungen. Das 2014 verabschiedete neue Gesetz über die Hochschulbildung (zuletzt 2017 novelliert) stärkt die Autonomie der Universitäten und die studentische Selbstverwaltung.

* ohne Krim und Teile von Donbas; Quellen: Staatsamt für Statistik; Werchowna Rada

■ Literatur zu Soziales und Kultur

Chertenko, Alexander	Die ukrainische Literatur zum Krieg im Donbas. - In: Ukraine-Analysen Nr. 240. Bremen: 2020
Härtel, André	Die Bildungsreformen in der Ukraine: Von ministeriellen „Ufos“ und verlorenen Generationen. - In: Ukraine-Analysen Nr. 189. Bremen: 2017
Kulyk, Volodymyr	Wes Lied ich hör'... Ukraine: Sprachpolitik und Mediennutzung. - In: Osteuropa 9-10/2017. Berlin: 2017

Röthig, Marcel	Generation Z – eine Analyse der ukrainischen Jugend. - In: Ukraine-Analysen Nr. 197/2018. Bremen: 2018
Simon, Gerhard	Sprachenpolitik in der Ukraine. - In: Ukraine-Analysen Nr. 192/2017. Bremen: 2017
Stepurko, Tetiana	Entstehungskontext und Inhalte der ukrainischen Gesundheitsreform von 2017. - In: Ukraine-Analysen Nr. 193/2017. Bremen: 2017

Bearbeitung: Juri Durkot

Zeittafel

■ Zeit vor 1900

8.-7. Jh. v. Chr.	Skytische und griechische Besiedlung
ab 3. Jh. v. Chr.	Sarmatische Besiedlung
vor 860	Waräger in Kiew
9.-10. Jh.	Entwicklung der Kiewer Rus; Reich vereinigt Ostslawen von Ostsee bis Schwarzes Meer und von Wolga bis Theiß
988	Christianisierung unter Großfürst Wolodymyr
1019-1054	Jaroslaw der Weise; Blüte des Kiewer Reiches
1054	Erbteilung des Kiewer Reiches; Trennung von Ost- und Westkirche
1237-1240	Eroberung der Kiewer Rus durch Mongolen; Beginn der Oberherrschaft der mongolischen Goldenen Horde
12.-14. Jh.	Fürstentum Galizien-Wolhynien; Blütezeit im 13. Jh. unter Fürst (später König) Danylo; Fürstentum Mitte des 14. Jh. zwischen Polen und Litauen aufgeteilt
Mitte 14. Jh.	Verfall der Mongolenherrschaft; Einverleibung gr. Gebiete durch Großlitauen (Podolien, Kiew, teilw. Wolhynien) und Polen (Galizien, Westwolhynien); Nordbukowina an Fürstentum Moldau; Entstehung des Krimkhanats der Tataren
Anf. des 16. Jh.	Gründung der Saporischen Sitsch (sozialpolitische und militär-demokratische Formation der Kosaken)
1569	Herrschaft des vereinigten polnisch-litauischen Reiches (Realunion von Lublin); Beginn der Kosakenaufstände
1596	Kirchenunion von Brest: Spaltung der orthodoxen Kirche in Polen-Litauen und Entstehung der unierten Kirche
1648-1654	Kosakenaufstand gegen polnische Herrschaft unter Hetman Bogdan Chmelnitzkyj; nach ukrainisch-russischem Vertrag von Perejaslaw (1654) geraten Gebiete östlich vom Dnipro unter direktes Protektorat des Zarenreiches
1700-1721	Nordischer Krieg (Schweden-Russland); 1709 Karl XII. von Schweden bei Poltawa durch Peter den Großen besiegt
1772/1793	Galizien und Bukowina fallen bei Teilungen Polens an Österreich, die Ukraine westlich vom Dnipro geht an Russland
1876	Ukas von Bad Ems: Verbot der Verbreitung von Schriften in ukrainischer Sprache im Zarenreich

■ Zeit 1900-1945

März 1917 - Jan. 1918	Gründung der Zentralna Rada in Kiew (nach Februarrevolution), danach Verkündung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik
Nov. 1918	Gründung der Westukrainischen Volksrepublik
1918-1922	Unabhängigkeitskampf und Bürgerkrieg; im Dez. 1922 Gründung der Sowjetunion: Ukraine wird Teil der UdSSR (Westgebiete zwischen Polen, Tschechoslowakei und Rumänien aufgeteilt)
1920/30er Jahre	Zwangskollektivierung, Deportationen und Terror; Hungersnot 1932/33: schätzungsweise rund 3,5 Mio. Tote
1939	Eingliederung der Westukraine in die Sowjetunion (nach Hitler-Stalin-Pakt). Zahlreiche Deportationen und Terror gegen die Zivilbevölkerung durch die Sowjetmacht
1941-1944	Ukraine wird im Zweiten Weltkrieg durch deutsche Truppen besetzt, über 700 Städte zerstört, etwa fünf Mio. Tote, drei Mio. als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt
1945	Transkarpatien wird Teil der Sowjetukraine

■ Zeit nach 1945

bis 1953		Fortsetzung stalinistischen Terrors in der Westukraine; Hunderttausende kommen in GULAG-Lager; Guerillakämpfe in der Westukraine
1954		Krim wird Teil der Ukraine
1972	Jan./Febr.	Repressionswelle und Verhaftungen von Dissidenten
1986	26.4.	Bei einem Unfall im Atomkraftwerk Tschernobyl explodiert ein Reaktorbehälter; über 90.000 Personen werden aus dem Unglücksgebiet evakuiert; radioaktiver Fallout vor allem in Ost-, Südost- und Nordeuropa
1989	8.-10.9.	Gründungskongress der „Volksbewegung für den Umbau“ (Ruch), die u. a. wirtschaftliche Autonomie für die Ukraine und Ukrainisch als Staatssprache fordert
	Dez.	Legalisierung der ukrainischen griechisch-katholischen (unierten) Kirche
1990	16.7.	Souveränitätserklärung
	23.7.	Parlament wählt Leonid Krawtschuk zum Präsidenten
1991	24.8.	Unabhängigkeitserklärung
	1.12.	Referendum zur Unabhängigkeit (über 90 % Zustimmung); Leonid Krawtschuk siegt bei Präsidentschaftswahl
	21.12.	Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)
1992	März	Ukraine wird KSZE-Mitglied
1994	14.1.	Vertrag mit Russland und USA: Verzicht auf Atomwaffen (176 Interkontinentalraketen bis 1996 abtransportiert)
	3.2.	Parlament votiert für START-I-Abkommen
	8.2.	Abkommen „Partnerschaft für den Frieden“ mit der NATO unterzeichnet
	27.3.	Erste Parlamentswahlen nach Unabhängigkeit (Nachwahlen bis Dez. wg. mangelnder Wahlbet.)
	20.5.	Krim-Parlament setzt eigene Verfassung in Kraft (u. a. eigene Staatsbürgerschaft, Recht auf eigene Streitkräfte)

	14.6.	Kooperationsabkommen mit EU (in Kraft am 1.3.1998)
	10.7.	Stichwahl um Präsidentschaft: Ex-Ministerpräsident Leonid Kutschma mit 52,1 % der Stimmen gewählt
	15.12.	Ukraine tritt Atomwaffensperrvertrag bei
1995	17.3.	Parlament erklärt Krim-Verfassung für ungültig (Abschaffung des Präsidentenamtes); Krim ignoriert Beschluss
	1.4.-28.8	Präsidiale Direktverwaltung auf der Krim
	1.11.	Krim-Parlament beschließt „autonome Republik“
	9.11.	Ukraine in Europarat aufgenommen
1996	4.4.	Neue Krim-Verfassung vom Parlament in Kiew bestätigt
	28.6.	Neue Verfassung der Ukraine verabschiedet
	2.9.	Hrywnja wird neue Währung
1998	29.3.	Parlamentswahl: Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) mit 24,7 % stärkste Kraft
1999	12.1.	Neue Verfassung der Autonomen Krim-Republik (u. a. eigenes Haushaltsrecht)
	24.3.	Parlament billigt Vertrag mit Russland über Aufteilung der Schwarzmeerflotte vom 31.5.1997 (18 % der Schiffe unter ukrain. Kommando, Russland gibt Ansprüche auf Krim bzw. Hafen Sewastopol auf, Marinestützpunkt Sewastopol für 20 Jahre an Russland verpachtet)
	14.11.	Stichwahl um Präsidentschaft: Kutschma gewinnt mit 56,3 % der Stimmen gegen KP-ZK-Sekretär Petro Symonenko (37,8 %); Vereidigung am 30.11.
2000	22.2.	Parlament beschließt Abschaffung der Todesstrafe
	16.9.	Ermordung des regimekritischen Journalisten Georgi Gongadse; der Fall löst nach Veröffentlichung der Tonbandaufnahmen, die u. a. Kutschma als möglichen Auftraggeber der Ermordung bloßstellen, eine schwere politische Krise aus
	15.12.	Kernkraftwerk in Tschernobyl endgültig stillgelegt
2001	1.6.	Neues Strafrecht in Kraft (u. a. statt Todesstrafe lebenslängliche Haftstrafe als höchstes Strafmaß)
	23./27.6.	Papst Johannes Paul II. besucht Ukraine (erster Besuch des Oberhauptes der kath. Kirche in der Landesgeschichte)
	4.10.	Versehentlicher Abschuss eines russ. Passagierflugzeugs über dem Schwarzen Meer während eines Manövers auf der Krim; alle 78 Insassen kommen ums Leben
2002	2.2.	Einigung mit Russland über Verlauf der gemeinsamen Grenze (1.788 km)
	31.3.	Parlamentswahl: Reformbündnis „Nascha Ukraina“ von Ex-Premier Wiktor Juschtschenko erzielt 23,6 % (119 von 450 Sitzen), das Bündnis „Für eine einheitliche Ukraine“ (Kutschma-nah) bildet aber mit 11,8 % durch Beitritt „unabhängiger“ Kandidaten stärkste Fraktion (175 Sitze)
	27.7.	Absturz eines Kampffjets vom Typ Su-27 bei Flugschau nahe Lwiw: 78 Tote und 115 Verletzte
	16.11.	Entlassung von Premier Anatolij Kinach; als Nachfolger wird am 21.11. Wiktor Janukowytsch bestätigt

2003	9.3.	In Kiew fordern ca. 100.000 Demonstranten den Rücktritt von Kutschma; Protestaktionen in über 100 weiteren Städten der Ukraine (Polizei nennt 30.000 Teilnehmer)
	17.6.	Unterzeichnung des ukrainisch-rumänischen Grenzvertrags (Streit über Schwarzmeerinsel Smijinj beigelegt)
	Okt.	Grenzstreit mit Russland um Insel Tuzla
2004	8.4.	Parlament lehnt überraschend die von Präsident Kutschma angestrebte Verfassungsreform ab
	5.9.	Giftanschlag auf den oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Wiktor Juschtschenko, sein Gesicht bleibt entstellt
	31.10.	Erste Runde der Präsidentschaftswahl: Juschtschenko gewinnt mit 39,87 % knapp vor Janukowytsch (39,32 %)
	21.11.	Stichwahl um Präsidentschaft: Laut massiv gefälschtem offiziellem Wahlergebnis hätte sich Janukowytsch mit 49,4 % gegen Juschtschenko (46,7 %) durchgesetzt
	Nov./Dez.	„Orange“ Revolution: ab 22.11 Demonstrationen in Kiew gegen die gefälschte Wahl; friedliche Massenproteste über mehrere Wochen landesweit (über eine Mio. Teilnehmer)
	3.12.	Der Oberste Gerichtshof annulliert das Stichwahlergebnis und ordnet Wahlwiederholung an
	8.12.	Das Parlament billigt mit 402 Stimmen einen Kompromiss über Verfassungs- und Wahlrechtsänderungen (Machtbefugnisse des Präsidenten ab 1.1.2006 beschnitten, Möglichkeit des Wahlbetrugs eingeschränkt)
	26.12.	Wiederholung der Stichwahl um die Präsidentschaft: Juschtschenko nunmehr mit 51,99 % gegen Janukowytsch (44,19 %) erfolgreich; Vereidigung am 23.1.2005, Janukowytsch tritt am 31.12 als Ministerpräsident zurück
2005	4.2.	Julija Tymoschenko wird neue Premierministerin
	8.9.	Präsident Juschtschenko entlässt die gesamte Regierung (Korruptionsvorwürfe und Konflikt mit Tymoschenko); Nachfolger wird Jurij Jechanurow
2006	1.1.	Gasstreit mit Russland führt zum Lieferstopp seitens des rus. Gasprom-Konzerns; am 4.1. Einigung auf Kompromiss
	26.3.	Parlamentswahl: Partei der Regionen (PR) erzielt 32,14 % (186 Mandate), Block Julija Tymoschenko (BJuT) 22,29 % (129), „Nascha Ukraina“ 13,94 % (81)
	4.8.	Wahl Janukowytschs zum Ministerpräsidenten
	26.8.	Ein Gericht in San Francisco verurteilt den fr. Ministerpräsidenten Pawlo Lasarenko wegen Geldwäsche, Betrug und Erpressung zu einer Haftstrafe von neun Jahren und einer Geldstrafe von 10 Mio. US\$
2007	30.9.	Vorgezogene Parlamentswahl: PR erzielt 34,37 % (175 Mandate), BJuT 30,71 % (156 Mandate), „Nascha Ukraina - Selbstverteidigung des Volkes“ (NU-NS) 14,15 % (72), die KPU 5,39 % (27) und der Block Lytwyn 3,96 % (20)
	18.12.	Parlament wählt Tymoschenko zur Ministerpräsidentin
2008	5.2.	Die Ukraine wird 152. WTO-Mitglied

2009	1.1.	Russland stellt die Gaslieferungen an die Ukraine komplett ein, am 7.1. werden auch die Transitlieferungen nach Europa eingestellt; Einigung am 18.1.: ab 2010 Bezug des russischen Gases zu Marktpreisen
	7.5.	In Prag wird die Östliche Partnerschaft unterzeichnet, ein Programm der Nachbarschaftspolitik der EU für sechs postsowjetische Staaten (Ukraine, Georgien, Moldawien, Belarus, Armenien, Aserbaidschan)
2010	17.1.	Erste Runde der Präsidentenwahl: Janukowytsch gewinnt mit 35,3 % vor Premierministerin Tymoschenko (25,1 %)
	7.2.	Stichwahl: Sieg Janukowytschs mit 48,95 % gegen Tymoschenko (45,47 %), Wahlbet. 69,15 %; Vereidigung am 25.2.
	11.3.	Neue Koalition im Parlament, Wahl Mykola Asarows zum Premierminister; neue Regierung
	21.4.	Verlängerung des Pachtvertrages der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol bis 2042; im Gegenzug bekommt die Ukraine 30 % Rabatt auf den Preis für russisches Gas; Ratifizierung des Vertrags am 27.4. im ukrainischen Parlament unter heftigen Protesten der Opposition mit 236 Stimmen
	30.9.	Verfassungsgericht erklärt die 2004 beschlossene Verfassungsreform für nichtig; Rückkehr zur Verfassung von 1996
2011	11.10.	Verurteilung der fr. Ministerpräsidentin Tymoschenko zu einer siebenjährigen Haftstrafe wegen Amtsmissbrauchs bei der Unterzeichnung der Gasverträge mit Russland
2012	27.2.	Verurteilung des fr. Innenministers Jurij Luzenko zu vier Jahren Haft wegen unrechtmäßiger Beförderung seines Fahrers; int. Kritik an den Urteilen zu Tymoschenko und Luzenko
	30.3.	Die EU paraphiert das Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der Ukraine (Unterzeichnung wegen Verfolgungen der Opposition ausgesetzt)
	8.6.-1.7.	Fußball-EM in Polen und der Ukraine; Finale in Kiew
	28.10.	Parlamentswahl: PR 30,0 % (185 Sitze), Vereinigte Opposition Batkiwtschyna 25,54 % (101), UDAR 13,96 % (40), KPU 13,18 % (32), Swoboda (Freiheit) 10,44 % (37); 50 Direktmandate gehen an „Unabhängige“ und kl. Parteien
	13.12.	Bestätigung von Asarow als Premier; Vereidigung des neuen Kabinetts am 24.12.
2013	29.1.	Urteil gegen den ehemaligen Milizoffizier Oleksij Pukatsch wegen der Ermordung des regierungskritischen Journalisten Gongadse zu lebenslanger Haft
	7.4.	Begnadigung von Luzenko
	21.11.	Präsident Janukowytsch stoppt Vorbereitungen für EU-Assoziierungsabkommen (Unterzeichnung war für den 29.11. geplant); ab dem Folgetag Protestaktionen gegen die Unterbrechung der Verhandlungen
	Nov./Dez.	Massenproteste auf dem Unabhängigkeitsplatz („Majdan“) in Kiew gegen die Abwendung vom proeuropäischen Kurs (Beteiligung von anf. 100.000 Demonstranten, später bis zu 700.000); Radikalisierung der Proteste nach gewaltsamem Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten (30.11.); Besetzung des Kiewer Rathauses und anderer öfftl. Gebäude

2014	18.2.	Gewalteskalation und Straßenkämpfe in Kiew (zahlreiche Todesopfer); Besetzung öffentlicher Gebäude in mehreren Städten der West- und Zentralukraine
	21.2.	Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Lösung der Krise durch Präsident Janukowytsch und Vertreter der parlament. Opposition; Parlament billigt mit 386 Stimmen die Rückkehr zur alten Verfassung; heftige Proteste gegen den Verbleib von Präsident Janukowytsch im Amt aufseiten von Majdan-Demonstranten; Janukowytsch verlässt Kiew (am 24.2. wird gegen ihn Haftbefehl wegen Massenmordes erlassen)
	22.2.	Wahl Oleksandr Turtschynows zum neuen Parlamentspräsidenten; Parlament stellt mit großer Mehrheit fest, dass Janukowytsch seinen verfassungsgemäßen Pflichten nicht mehr nachkomme (faktische Absetzung als Staatspräsident); Haftentlassung von Tymoschenko
	23.2.	Ernennung Turtschynows zum Übergangspräsidenten
	27.2.	Jazenjuk zum neuen Premierminister gewählt; neue Regierung mit Vertretern von Batkiwtschyna, Swoboda sowie des „Majdan“
	März	Umstellung mehrerer ukrain. Militärbasen auf der Krim durch russische Soldaten
	16.3.	Von der ukrainischen Regierung und international nicht anerkanntes Referendum in der Autonomen Republik Krim: 96,8 % der Wähler stimmen nach Angaben des Krimparlaments für einen Anschluss an Russland (Bet.: 83,1 %)
	21.3.	Russland ratifiziert einen Vertrag über den Beitritt der Krim und Sewastopols zur Russischen Föderation; Annexion international nicht anerkannt
	21.3.	Unterzeichnung des politischen Teils des Assoziierungsabkommens der Ukraine mit der EU
	April	Demonstrationen und Besetzungen öffentl. Gebäude durch prorussische Separatisten in Städten im Osten der Ukraine (vor allem in den Gebieten Donezk und Luhansk); gewaltsames Vorgehen der ukrain. Streitkräfte gegen Separatisten
	11.5.	Von den Separatisten initiierte Referenden in den Gebieten Donezk und Luhansk (von der ukrain. Regierung nicht anerkannt): angeblich 89,7 % (Donezk) bzw. 96,2 % (Luhansk) Zustimmung für staatliche Eigenständigkeit
	25.5.	Vorgezogene Präsidentschaftswahl: Sieg von Petro Poroschenko mit 54,7 % der Stimmen vor Julija Tymoschenko (12,8 %) und 19 weiteren Bewerbern; Amtseinführung am 7.6. Keine Wahl auf der Krim, in den Regionen Donezk und Luhansk bleibt die Mehrzahl der Wahlbüros geschlossen
	17.7.	Absturz einer Boeing 777 der Malaysian Airlines (MH-17) über dem von separatistischen Kämpfern kontrollierten Gebiet in der Ost-Ukraine durch Raketenbeschuss von Separatisten (298 Todesopfer)
	Ende August	Schwere Niederlage ukrainischer Streitkräfte bei Ilowajsk Lt. Angaben der NATO direktes Eingreifen russischer Kampftruppen aufseiten der Separatisten

	5.9.	Vereinbarung einer Waffenruhe und eines Zwölf-Punkte-Plans in Minsk (Minsk I) durch trilaterale Kontaktgruppe (Vertreter der Ukraine, OSZE und Russlands); Waffenruhe wird in den Folgemonaten wiederholt gebrochen
	26.10.	Vorgezogene Parlamentswahl: Volksfront 22,14 % (82 Sitze), Block Petro Poroschenko 21,82 % (132 Sitze durch mehr Direktmandate), Selbsthilfe 10,97 % (33), Oppositionsblock 9,43 % (29), Radikale Partei 7,44 % (22), Batkiwtschyna 5,68 % (19). „Swoboda“ gewinnt 6 Direktmandate. 100 Sitze gehen an Unabhängige und kleine Parteien 27 Mandate aus Gebieten im Donbas und auf der Krim, in denen nicht gewählt werden konnte, bleiben offen
	2.11.	Sog. Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in den selbst ernannten Volksrepubliken Donezk und Luhansk unter scharfem Protest der ukrainischen Regierung und der OSZE; Kritik der OSZE an den Wahlen als Verstoß gegen das Minsker Abkommen; Russland akzeptiert dagegen die Wahl
	27.11.	Regierungschef Jazenjuk wird mit 341 Stimmen im Parlament erneut in sein Amt gewählt
2015	24.1	Beschuss von Mariupol durch Separatisten, 30 Zivilisten sterben, 93 werden verletzt
	11./12.2	Gipfeltreffen in Minsk unter Beteiligung von Präsident Poroschenko, des russ. Präsidenten Putin, des franz. Präsidenten François Hollande und der dt. Bundeskanzlerin Angela Merkel: erneute Vereinbarung über Waffenruhe, Abzug schwerer Waffen, Einrichtung einer Pufferzone und Gefangenenaustausch (Minsk II)
	16./18.2	Schwere Kämpfe bei Debalzewe trotz Waffenstillstand; Separatisten nehmen den wichtigen Verkehrsknotenpunkt ein; in den Folgemonaten werden im Donbas Kämpfe mit Phasen geringerer und höherer Intensität weitergeführt
	29.7	Russland blockiert im UN-Sicherheitsrat eine Resolution, die die Einsetzung eines UN-Tribunals zum Abschuss der Boeing 777 der Malaysian Airlines im Juli 2014 vorsieht
	31.8.	Gewaltsame Ausschreitungen von Nationalisten vor dem ukrainischen Parlament nach Verabschiedung in erster Lesung der Verfassungsreform zur Dezentralisierung (4 Tote, über 100 Verletzte, darunter zahlreiche Sicherheitskräfte)
	13.10	Abschlussbericht über den Abschuss von MH-17 (technische Untersuchung) der niederländischen Flugsicherheitsbehörde OVV nennt eine Buk-M1-Rakete als Ursache und definiert ein 320 km ² großes von Separatisten kontrolliertes Gebiet in der Ostukraine als Ort des Raketenstarts
2016	15.5.	Die ukrainische Sängerin Jamala gewinnt mit dem Song „1944“ über Deportation von Krim-Tataren den Eurovision Song Contest in Stockholm
	28.9.	Die internationale Untersuchungskommission (JIT) zum MH-17-Abschuss gibt den Zwischenstand ihrer strafrechtlichen Ermittlungen bekannt. Demzufolge wurde das Buk-System im Juli 2014 aus Russland in die Ostukraine transportiert, in der Nähe des Dorfes Perwomajskij abgefeuert und zurück nach Russland gebracht

2017	11.6.	Visafreiheit für den Schengener Raum für Ukrainer
	1.9.	Das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der EU tritt in vollem Umfang in Kraft
	22.12.	Urteil des Schiedsgerichts der Stockholmer Handelskammer über einen Gasvertrag zwischen Gazprom und Naftogaz von 2009: Verringerung des Gaspreises für Naftogaz und der abzunehmenden/zu bezahlenden Mindestmenge von rd. 40 auf 5 Mrd. m ³ pro Jahr; Naftogaz muss aber 2,07 Mrd. US\$ für geliefertes Gas nachzahlen
2018	28.2.	Schiedsgericht der Stockholmer Handelskammer spricht Naftogaz eine Entschädigung von 4,63 Mrd. US\$ für den Ausfall von Transitlieferungen 2009 zu
2019	31.3.	Präsidentenwahl: Wolodymyr Selenskyj liegt mit 30,2 % vor Amtsinhaber Petro Poroschenko mit 16 % und der ehemaligen Ministerpräsidentin Julija Tymoschenko (13,4 %); Wahlbet.: 62,8 %
	21.4.	Stichwahl: Sieg Selenskyjs mit 73,2 % der Stimmen vor Poroschenko (24,5 %). Wahlbet. 61,4 %. Amtseinführung am 20.5.
	21.7.	Vorgezogenen Parlamentswahl: Die erstmals angetretene Partei „Diener des Volkes“ von Staatspräsident Selenskyj siegt mit 43,2 % der Stimmen (254 von 424 Sitze; absolute Mehrheit) vor der Oppositionsplattform „Für das Leben“ 13,1 % (43 Sitze), Vaterland 8,2 % (26), Poroschenkos „Europäische Solidarität“ 8,1 % (25) und der Partei „Stimme“ 5,8 % (20); 55 Sitze gehen an Sonstige und Unabhängige; Wahlbet.: 49,8 % 26 Mandate in besetzten oder umkämpften Gebieten standen nicht zur Wahl und können nicht vergeben werden
	29.8.	Das ukrainische Parlament wählt mit 290 von 422 Stimmen den 35-jährigen Juristen Oleksij Hontscharuk zum Ministerpräsidenten.
2020	4.3.	Rücktritt von Ministerpräsident Hontscharuk; bisheriger stellv. Regierungschef Denys Schmygal wird neuer Ministerpräsident
	25.9.	Absturz der An-26 der ukrainischen Luftwaffe bei einem Übungsflug in der Nähe von Charkiw (26 Todesopfer)
2021	13.7.	Der ukrainische Innenminister Arsen Awakow, der zuvor fünf Regierungsumbildungen und einen Wechsel an der Staatsspitze überstanden hat, kündigt seinen Rücktritt an. Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj hat auf eine Ablösung Awakows gedrängt. Zum neuen Innenminister wird Denys Monastyrsky ernannt. Dieser wird am 16.7. vom Parlament mit 271 Stimmen bei 44 Enthaltungen bestätigt und anschließend vereidigt.
	3.11.	Das ukrainische Parlament nimmt den Rücktritt von Verteidigungsminister Andrei Taran an. Am 4.11. wird der von Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj nominierte neue Verteidigungsminister Oleksiy Reznikov vom Parlament gebilligt.

2022	24.2.	<p>Nachdem der russische Staatspräsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache bekanntgegeben hat, eine Militäroperation in der Ostukraine angeordnet zu haben, beginnt das russische Militär mit Luftangriffen und einer groß angelegten Invasion des Nachbarlandes. Aus Kiew und zahlreichen weiteren Städten der Ukraine werden Raketenangriffe gemeldet. In mehreren Landesteilen - von Belarus in den Norden, von Russland in den Donbass und von der annektierten Halbinsel Krim in den Süden - kommt es zu Grenzübertritten russischer Truppen in die Ukraine. Ein russischer Cyberangriff stört den europäischen Satelliten KA-Sat, der u. a. von ukrainischen Sicherheitskräften genutzt wird. Dies verursacht Kollateralschäden in ganz Europa. Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj ruft im ganzen Land den Kriegszustand aus. Die russischen Truppen treffen auf erheblichen Widerstand. Verlässliche Opferzahlen liegen zunächst nicht vor. Der russische Angriff löst eine riesige Fluchtwelle in Richtung Westen aus.</p>
	24.2.	<p>Als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Invasion russischer Streitkräfte in der Ukraine setzt die NATO erstmals ihre Verteidigungspläne für die östliche Flanke in Kraft. Die EU-Staaten einigen sich auf die Grundzüge eines umfassenden Sanktionspakets gegen Russland, das auf die Bereiche Energie, Finanzen und Verkehr zielt. Die Sanktionen richten sich auch persönlich gegen den russischen Staatspräsidenten Wladimir Putin und seinen Außenminister Sergej Lawrow. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz sichert in einem Telefonat dem ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj die volle Solidarität Deutschlands zu. US-Präsident Joe Biden kündigt an, dass die Welt Russland zur Verantwortung ziehen werde. Er sagt der Ukraine zu, internationale Unterstützung zu organisieren und harte Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Weltweit wird der Überfall auf die Ukraine verurteilt und Staats- und Regierungschefs erklären ihre Solidarität. Da die Ukraine kein Mitglied der NATO ist, wird es ein direktes militärisches Eingreifen der Allianz jedoch nicht geben. Die Nachbarländer der Ukraine befürchten eine humanitäre Katastrophe und bereiten sich auf die Ankunft einer großen Zahl von Flüchtlingen vor. Trotz der massiven staatlichen Propaganda kommt es in mehreren russischen Städten zu Protesten gegen den Krieg. Dabei werden bis zum Abend nach Angaben von Bürgerrechtlern etwa 1.700 Menschen festgenommen.</p>
	2.3.	<p>Die UN-Vollversammlung in New York verurteilt in einer Resolution Russland wegen der Aggression gegen die Ukraine und fordert einen sofortigen Rückzug der russischen Truppen. Für die (nicht bindende) Resolution stimmen 141 Staaten, dagegen fünf (Russland, Belarus, Syrien, Nordkorea und Eritrea), 35 enthalten sich, darunter die VR China und Indien. Die Vertreter von zwölf der 193 UNO-Mitgliedstaaten sind nicht erschienen. Die Abstimmung zeigt die starke internationale Isolation Russlands, das verbindliche Resolutionen des UN-Sicherheitsrats mit seinem Veto blockieren kann.</p>

	3.3.	Die EU-Staaten einigen sich darauf, Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine schnell und unbürokratisch aufzunehmen. Dafür wird erstmals die EU-Richtlinie für den Fall eines „massenhaften Zustroms“ in Kraft gesetzt. Der Schutz gilt zunächst für ein Jahr und kann um insgesamt zwei weitere Jahre verlängert werden. Ein reguläres Asylverfahren ist nicht nötig. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson kündigt an, dass man sich auf mehrere Millionen Flüchtlinge in der EU einstellen müsse. Für die Finanzierung von Hilfe stellt die EU-Kommission zunächst 500 Mio. Euro aus ihrem Budget zur Verfügung. Unter den Fliehenden ist auch ein kleiner Anteil von Menschen aus anderen Ländern, die z. B. als Studierende in der Ukraine gelebt haben. Für sie wird teilweise von Problemen und Misshandlungen beim Grenzübertritt berichtet. In Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien sind bisher die meisten Geflüchteten bei Verwandten oder Bekannten untergekommen. In Polen lebten schon vor dem jüngsten russischen Angriff rund 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine, viele davon aus dem seit 2014 umkämpften Donbass. In vielen Ländern ist die Hilfsbereitschaft für die Ankommenden groß. Bis zum 6.3. fliehen nach UN-Angaben über 1,5 Millionen Menschen aus der Ukraine. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi spricht von der „am schnellsten wachsenden Flüchtlingskrise in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg“.
2023	18.1.	In der Stadt Browary nahe der ukrainischen Hauptstadt Kiew kommen Innenminister Denys Monastyrskij und mindestens 13 weitere Menschen ums Leben, als ihr Hubschrauber vom Typ „Super Puma“ direkt neben einem Kindergarten und einem Wohnhaus abstürzt. Unter den Todesopfern sind alle neun Insassen des Hubschraubers. Mindestens 25 Menschen, darunter elf Kinder, werden verletzt. Die Unglücksursache ist zunächst unklar. Am 7.2. wird Ihor Klymenko vom Parlament als neuer Innenminister bestätigt.
	5.4.	Der ukrainische Staatspräsident Wolodymyr Selenskyj kommt erstmals seit Kriegsbeginn zu einem Staatsbesuch ins Nachbarland Polen, wo er von seinem Amtskollegen Andrzej Duda empfangen wird. Beide unterstreichen die tiefe Verbundenheit und Schicksalsgemeinschaft ihrer Völker. Duda hebt hervor, dass Polen einer der größten Unterstützer der Ukraine in ihrem Abwehrkampf gegen Russland sei und außerdem der größte Wirtschaftspartner, der auch am Wiederaufbau mitwirken wolle. Er verleiht Selenskyj den Orden des Weißen Adlers, die höchste Auszeichnung des Landes. Am selben Tag tritt der polnische Landwirtschaftsminister Henryk Kowalczyk im Konflikt mit der EU über die Wiedereinführung von Zöllen auf kriegsbedingt zollfreies ukrainisches Getreide zurück. Polen und vier weitere östliche EU-Mitgliedstaaten fordern eine Regelung für ihre dadurch unter Druck geratenen Landwirte.

■ Literatur zur Geschichte

Applebaum, Anne	Roter Hunger. Stalins Krieg gegen die Ukraine. München: 2019
Boekh, Kathrin	Stalinismus in der Ukraine. Wiesbaden: 2007
Golczewski, Frank	Deutsche und Ukrainer 1914-1939. Paderborn: 2010
Kappeler, Andreas	Kleine Geschichte der Ukraine. 5. Auflage. München: 2019
Kappeler, Andreas (Hrsg.)	Die Ukraine. Prozesse der Nationsbildung. Köln: 2011

Kappeler, Andreas	Ungleiche Brüder. Russen und Ukrainer vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München: 2017
Rjabtschuk, Mykola	Die reale und die imaginierte Ukraine. Frankfurt am Main: 2005
Sapper, Manfred/ Weichsel, Volker (Hrsg.)	Vernichtung durch Hunger. Der Holodomor in der Ukraine und der UdSSR. Osteuropa 12/2004. Berlin: 2004
Subtelny, Orest	Ukraine: A History. Toronto: 2009 (4. Aufl.)

Bearbeitung: Juri Durkot

weitere Meldungen siehe **Chronik**

Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch

Stand: Grunddaten, Geographie, Bevölkerung 24.11.2020; Politik 07.02.2023, zuletzt aktualisiert 05.04.2023; Wirtschaft 24.11.2020; Soziales und Bildung 24.11.2020; Zeittafel 24.11.2020, zuletzt aktualisiert 05.04.2023, URL: <http://www.munzinger.de/document/03000UKR000>

© Munzinger-Archiv GmbH, Ravensburg

Quellenangabe: Eintrag "Ukraine - gesamt" in Munzinger Online/Länder - Internationales Handbuch, URL: <http://www.munzinger.de/document/03000UKR000> (abgerufen von Norddeutscher Rundfunk Dokumentation und Archive am 30.5.2023)